



Zeitschrift der Bundes-Arbeitsgemeinschaft  
der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.

# VITAKO

vitako.de

# AKTUELL

03 | 2023

**REGIONAL AUSGABE**

**regio it**

**KOMIT**

BAUVORHABEN BESCHLEUNIGEN

**PERSONALIE**

NEUER VORSITZENDER  
DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

**VERÖFFENTLICHT**

GESCHÄFTSBERICHT 2022  
IST DA

**AACHEN**

ZWEITER SUSTAINABILITY MONTH

**SMART CITY**

REGIO IT UNTERSTÜTZT  
KOMMUNEN

---

**ANDREAS KÖNEN, ABTEILUNGSLEITER IM BMI**  
DIE GEFAHR IST REAL

**CHRISTIAN STUFFREIN, REFERENT BEIM DLT**  
KOMMUNALVERWALTUNGEN ALS  
KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

**JULIAN KRINGS, LEITER KOMMUNIKATION UND  
DR. ANDRÉ DONK, PROKURIST BEI DER IHK-GfI**  
LEHREN AUS DEM CYBERANGRIFF  
AUF DIE IHK-ORGANISATION

**CYBERSICHERHEIT**

# FÜR DEN ERNSTFALL GEWAPPNET?

# IHR VERLÄSSLICHER DIGITALISIERUNGSPARTNER FÜR HÖCHSTE DATENSICHERHEIT

Gut durchdachte Datacenter Security antizipiert potenzielle Bedrohungen und wehrt diese präventiv mit technischen Maßnahmen ab. So wie das Rechenzentrum und der eigentliche Serverraum von Grund auf für Funktion und Sicherheit konzipiert wurden, muss auch die Architektur der Hard- und Software von Beginn an mit Sicherheit sinnvoll gestaltet werden.

Bechtle bietet passgenaue Lösungen für sichere Rechenzentren, in denen die Daten von Bürgern und Kommunen zuverlässig gespeichert, vor erfolgreichen Ransomware-Angriffen geschützt und im Worst Case schnell wieder herstellbar sind.

Als langjähriger Partner der ProVitako unterstützen wir Sie bei Ihren Projekten.

Sprechen Sie uns an: [provitako.dortmund@bechtle.com](mailto:provitako.dortmund@bechtle.com) | +49 231 725489 17



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

man will es nicht für möglich halten: Nach wie vor unterschätzen zahlreiche politische Entscheider in Städten, Gemeinden und Landkreisen die Gefahren durch Cyberattacken. So jedenfalls die Wahrnehmung von gut 50 Prozent der kommunalen IT-Dienstleister, die über beunruhigende Einblicke verfügen. Jeder vierte sagt sogar, dass die Entscheider die Gefahren deutlich unterschätzen. Und das trotz der schwerwiegenden Attacken auf Anhalt-Bitterfeld, Schwerin und Potsdam in den vergangenen Jahren.

Grund genug, diese VITAKO aktuell dem Thema Cybersicherheit zu widmen. In einem Interview zeigt Andreas Könen, Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit im BMI, unter anderem auf, wie die Bundesregierung die Kommunen künftig besser beim Thema Cybersicherheit unterstützen will. Das Stichwort lautet Grundgesetzänderung, damit sich das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik künftig besser einbringen kann. Christian Stuffrein, Referent für Digitalisierung beim Deutschen Landkreistag, diskutiert, ob und in welchem Maße die kommunale Verwaltung als Kritische Infrastruktur (KRITIS) eingestuft werden sollte. Sein Plädoyer: Kriterien definieren, um Verwaltungsbereiche mit besonderer KRITIS-Relevanz als solche einzuordnen und entsprechend auszustatten. Zudem beleuchten wir die dramatischen Stunden und Tage Ende 2022, als Potsdam in das Visier internationaler Hacker geriet. Die Erfahrungen und Lehren sind aus meiner Sicht äußerst erhellend.

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Nach fast sieben erfolgreichen Jahren hat sich VITAKO Mitte Juli vom Geschäftsführer Dr. Ralf Resch getrennt. Ich weiß, dass die Geschäftsstelle gut aufgestellt und die Mitarbeiter hoch motiviert sind. Bis auf Weiteres wird Katrin Giebel die Geschäftsstelle leiten und gemeinsam werden wir die kommenden Monate gut meistern. Vorerst wünsche ich Ihnen aber gute Lektüre und würde mich freuen, Sie zum VITAKO-Herbstempfang am 20. September in Berlin begrüßen zu dürfen. Das Thema lautet „Digitalpakt 2.0 – Schul-IT am Scheideweg“.

Ihr



**Dr. Rolf Beyer ist  
Vorstandsvorsitzender  
von VITAKO.**

## SCHWERPUNKT: CYBERSICHERHEIT

### 6 LEITARTIKEL CYBERSECURITY IN DEN KOMMUNEN – VON DER KÜR ZUR PFLICHTAUFGABE!

Schockerlebnisse wie Cyberangriffe legen Handlungsbedarfe offen. Welche Schritte notwendig sind, erläutert Dr. Rolf Beyer im Leitartikel.

### 8 IT-DIENSTLEISTER LEHREN AUS DEM CYBERANGRIFF AUF DIE IHK: RESILIENZ WEITER STÄRKEN

Im August 2022 erschütterte ein Cyberangriff die IHK-Organisation. Julian Krings und Dr. André Donk des IT-Servicedienstleisters IHK-GfI erklären, wie man sich für kommende Krisen besser wappnen kann.

### 10 GOVDIGITAL MALWARE INFORMATION SHARING – AUSTAUSCH FÜR MEHR CYBERSICHERHEIT

Ein schneller Informationsfluss zu aktuellen Bedrohungslagen verbessert die Abwehr von Cyberangriffen. Die Mitglieder der govdigital arbeiten an einer Malware Information Sharing Plattform [MISP].

### 12 KOMMUNALE SPITZENVERBÄNDE KOMMUNALVERWALTUNGEN ALS KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Die KRITIS-Regulierung bietet große Vorteile, aber auch Pflichten. Inwieweit die kommunale Verwaltung als KRITIS eingestuft werden sollte, erläutert Christian Stoffrein, Referent beim Deutschen Landkreistag.

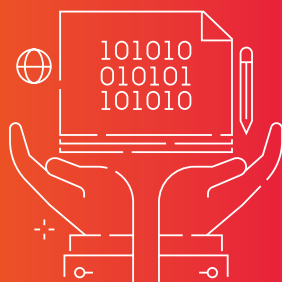
### 15 INTERVIEW „DIE GEFAHR IST REAL.“

Viele Kommunen wollen zukünftig mehr in Cybersicherheit investieren. Andreas Könen, Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit im BMI, erklärt, wie der Bund dabei bereits unterstützt.

### 19 REPORTAGE POTSDAM: IT-SICHERHEIT IST VERTRAUEN IN DEN STAAT

Bereits zum zweiten Mal gerät die Stadt Potsdam Ende 2022 in das Visier internationaler Hacker. Oberbürgermeister Mike Schubert und Dezernent für Zentrale Verwaltung Dieter Jetschmanegg geben Einblick in wichtige Erfahrungen aus dem Angriff.

6



**76,4 %**

PRO KRITIS-EINSTUFUNG

15





## 24 ONLINEZUGANGSGESETZ

### ÖZG 2.0: GESETZ NACHBESSERN – UND DIE FINANZIERUNG KLÄREN

Die neue Auflage des Online-Zugangsgesetzes lässt Fragen offen. VITAKO fordert Nachbesserungen – und schlägt ein erfolgsorientiertes Finanzierungsmodell vor.

## 26 PRO VITAKO

### HOHE NACHFRAGE BEI SCHUL-IT

ProVitako bündelt die Beschaffungsbedarfe ihrer Mitglieder. Die Abrufe aus den Rahmenverträgen im ersten Halbjahr 2023 zeigen: Die hohe Nachfrage in Sachen Schul-IT hält an.

## 28 KOMMUNE DER ZUKUNFT

### MIT DEN RICHTIGEN DATEN ZUR SMART CITY

Wie können Kommunen eine eigene Smart City-Strategie entwickeln und Daten effektiv nutzen? Die Datenplattform cosma21 unterstützt bei der Umsetzung.

## 29 MELDUNGEN

VITAKO verabschiedet Dieter Rehfeld  
myGovernment 2023  
Indra Schepker neu bei VITAKO  
VITAKO Frühjahrs- und Herbstempfang

## 31 SPOTLIGHT

VITAKO ist der Ansprechpartner für Verwaltungsdigitalisierung. Die Office-Managerin Isabell Gross und die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und PR Aboli Lion stellen sich vor.

## 32 UMFRAGE

Für das Thema Cybersicherheit brauchen die Kommunen zusätzliche Haushaltsmittel – ein Ergebnis der aktuellen VITAKO Umfrage.

## 34 EURITAS

### EUROPAS DIGITALE ZUKUNFT ANPACKEN!

Am 14. September 2023 trifft sich der Verband zur EURITAS Summit in Brüssel. Mega-Trends und aktuelle Themen der öffentlichen IT in Europa stehen im Mittelpunkt.

## 34 TERMINE





# CYBERSECURITY IN DEN KOMMUNEN: VON DER KÜR ZUR PFLICHTAUFGABE!

Schockerlebnisse können hilfreich sein. Sie offenbaren Handlungsdruck und initiieren – im besten Fall – Prozesse, damit sich ähnliches nicht wiederholt. Erfolgreiche Cyberangriffe zählen dazu. Siehe den 6. Juli 2021, als eine Cyberattacke den Landkreis Anhalt-Bitterfeld auf Monate lahmlegte. Klar ist: IT-Sicherheit in kommunalen Verwaltungen darf nicht länger Kür sein, sondern muss sich zur Pflichtaufgabe entwickeln. In diesem Sinne kommen wir voran. Wesentliche Schritte für mehr digitale Sicherheit stehen aber noch aus – zumal die Bedrohungslage wächst.

Auf die sich verschärfende Gefahrensituation hat nicht zuletzt Claudia Plattner, die neue Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI), in ihrer Antrittsrede Anfang Juli hingewiesen. Und weiter: Cybersicherheit entscheide darüber, ob unser digitalisierter Alltag und die kritischen Infrastrukturen funktionieren. Ausdrücklich erwähnte sie die öffentliche Verwaltung. Und damit – ohne sie namentlich zu erwähnen – die Kommunen, die über 80 Prozent der Verwaltungsleistungen abarbeiten. Ein Kernproblem aus meiner Sicht: Ausgerechnet die Kommunen verfügen in der Regel nicht über die Ressourcen, um Cybersicherheit zu gewährleisten.

## RESSOURCEN BEREITSTELLEN

Abhilfe ist deshalb dringend geboten. Das gilt insbesondere für kleinere Kommunen. Sie benötigen Anreize – zum Beispiel durch finanzielle Unterstützung – um die Sicherheit der eigenen IT zu stärken. Wie wäre es mit einem Förderprogramm des Bundes zum Aufbau eines Informationssicherheitsmanagement-Systems (ISMS) in den Kommunen? Es ist aus meiner Sicht befremdlich, dass der Bund für Hunderte Themen wie Elektromobilität, Waldmanagement oder den barrierefreien Tourismus zig Millionen Euro pro Jahr erübrigt – Cybersicherheit auf kommunaler Ebene aber komplett ignoriert. Den Einwand, dass Cybersicherheit Sache der Länder ist, lasse ich nicht gelten: Die Kommunen erbringen zahlreiche Dienste für den Bund, etwa die Ausstellung von Reisepässen und Personalausweisen. Wenn Kommunen die Cybersicherheit

bei diesen Prozessen nicht sicherstellen können, bedarf es eben einer Grundgesetzänderung, um die notwendigen Ressourcen zu erschließen.

## BSI IN DIE SPUR SCHICKEN

Dabei geht es nicht allein um harte finanzielle Mittel. Mindestens ebenso wichtig ist die Kompetenz, die auf Bundesebene – namentlich im BSI mit ihren über 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – vorhanden ist. Das BSI darf Kommunen aktuell nicht unterstützen. Im erwähnten Katastrophenfall von Anhalt-Bitterfeld mussten die entsendeten Experten offiziell nach drei Tagen wieder abreisen. Worauf es jetzt ankommt: Bestehende Kooperationen zwischen dem BSI und den Kommunen verstetigen, Weiterbildungsangebote des Bundesamtes für Kommunen aufbauen und gesetzlich ermöglichen, Vernetzung – siehe die erfolgreichen IT-Grundschutztag – intensivieren und Unterstützung dauerhaft gewährleisten. Dabei sind die kommunalen IT-Dienstleister strukturell einzubinden. Denn kein Akteur kennt die Gegebenheiten in Landkreisen, Städten und Gemeinden besser als wir.

## STANDARDS SETZEN

Eine gute Nachricht für Haushälter auf Bundesebene: Mehr Sicherheit ist nicht nur eine Frage der Ressourcen, sondern auch von verbindlichen Regeln. Tatsache ist, dass aufgrund fehlender Standards

**CYBERSICHERHEIT  
UND MITARBEITENDE:**

**NUR**

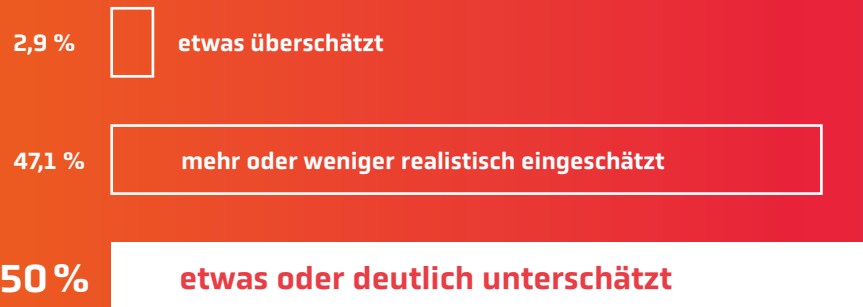
**22,9%**

**DER VITAKO-MITGLIEDER  
SAGEN: DIE KOMMUNEN SIND  
HINREICHEND AUFGESTELLT.**

## CYBERGEFAHREN WERDEN NACH WIE VOR UNTERSCHÄTZT



Wie realistisch schätzen die kommunalen Entscheider Cybergefahren ein? Die Relevanz von Cybergefahren wird...



das Sicherheitsniveau zwischen den Kommunen vielfach unterschiedlich ist – wir sehen einen Flickenteppich! Zwar bietet das IT-Grundschutz-Profil klare Hinweise in technischer, organisatorischer und personeller Hinsicht. Allerdings handelt es sich dabei nur um Empfehlungen. Das muss sich dringend ändern. Wir brauchen für die kommunale Ebene einen verpflichtenden Standard. Gleichzeitig sind wiederkehrende Audits nötig, um sicherzustellen, dass die Vorgaben auch in der Praxis durchgesetzt werden. Denn: Ebenso wie der Erhalt von Feuerwehren oder der Katastrophenschutz muss Informationssicherheit zu den kommunalen Pflichtaufgaben zählen und ist entsprechend zu überprüfen.

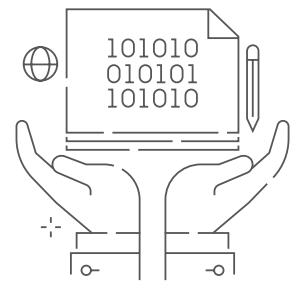
### VERANTWORTUNG KLÄREN

Und diese Pflicht muss gelebt werden. Von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem aber, von der Spitze: den Dezernats- und Amtsleitenden, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Das geschieht umso verlässlicher, wenn die Verantwortlichkeit klar geregelt ist, und zwar per Gesetz. Zwar existieren bereits Bestimmungen im Haftungsrecht, aus denen sogar eine persönliche Haftung der Behördenleitung abgeleitet werden könnte, allerdings bestehen hier in der Praxis viele Unsicherheiten. Verantwortlichkeiten sind zu klären – auch, um Grenzen der Verantwortung und gegebenenfalls auch der Haftung zu definieren.

### KRITIS-EINSTUFUNG

# 76,4%

### DER KOMMUNALEN IT-DIENSTLEISTER SAGEN: HOHE ODER HÖCHSTE PRIORITÄT



### ALS KRITIS EINSTUFEN

Ein letzter Aspekt ist mir noch besonders wichtig, das Thema Kritische Infrastruktur (KRITIS): Jetzt ist der Zeitpunkt, die kommunale Verwaltung hier zu verankern! Hintergrund ist die Umsetzung der europäischen NIS 2-Richtlinie, die neue Mindeststandards für Cybersicherheit definiert und aktuell in die nationale KRITIS-Regulierung zu überführen ist. Derzeit erfasst NIS 2 nur Bund und Länder – aber es spricht nichts dagegen, den Gestaltungsbereich auf die Kommunen auszudehnen. Warum wir uns als VITAKO dafür stark machen? In dem Moment, wo relevante Bereiche der kommunalen IT zur KRITIS zählen, ist der Weg quasi frei für mehr institutionelle und personelle Unterstützung durch das BSI und Verantwortlichkeiten würden systematisch sowie verbindlich geklärt.

Eingangs habe ich formuliert, dass Schockerlebnisse hilfreich sein können. Treffender wäre: Schockerlebnisse MÜSSEN hilfreich sein und Prozesse initiieren, die Abhilfe schaffen. Das gilt insbesondere für mehr Cybersicherheit als kommunale Pflichtaufgabe.



Dr. Rolf Beyer ist Vorstandsvorsitzender von VITAKO.



# LEHREN AUS DEM CYBERANGRIFF AUF DIE IHK-ORGANISATION: RESILIENZ WEITER STÄRKEN

Am 3. August 2022 blickten wir als zentraler IT-Dienstleister der IHK-Organisation einen Moment gemeinsam mit 79 Industrie- und Handelskammern und der Deutschen Industrie- und Handelskammer in den digitalen Abgrund: Direkt nach Entdecken verdächtiger Aktivitäten auf unseren Systemen mussten wir mit ebenso schnellen wie drastischen Sicherheitsmaßnahmen reagieren. Unter Einbezug des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) sowie weiterer externer Expert\*innen hat unser zentraler IT-Sicherheitsleitstand, das IHK CERT, zum Schutz der IHK-Sys-

teme die sofortige Trennung sämtlicher Komponenten vom Internet veranlasst.

Mit dieser zügigen und entschlossenen Reaktion haben wir den Cyberangriff abgewehrt, sodass die Angreifer keine personenbezogenen Daten entwerden oder verschlüsseln konnten. Angriff, Abwehr und Wiederherstellung der Systeme inklusive intensiver Scans und Härtingen haben die Kommunikations- und Arbeitsfähigkeit jedoch eingeschränkt – sowohl bei den IHKs als auch bei uns selbst. Anwendungen innerhalb des abgeschotteten IHK-Netzes konnten weiter genutzt werden.

Kundschaft und unseren Mitarbeitenden ermittelt, denen wir sukzessive mit unterschiedlichen Maßnahmen begegnen. Eine ehrliche Reflektion ist der Startpunkt zur Steigerung der Resilienz.

## ERSCHÖPFUNG BEGEGNEN

Der Ukraine-Krieg, Energie- und Inflationskrise, die Nachwirkungen der Corona-Pandemie: Der Cyberangriff hat die IHK-GfI inmitten multipler Krisen getroffen. Diese haben bei uns Spuren hinterlassen, Einfluss auf die Teamkultur gehabt, Dichte und Tempo der Themen erhöht, Remote-Arbeit verstärkt – und so zu einer gewissen digitalen Erschöpfung beigetragen. Dem konnten wir durch die Stärkung der Resilienz von Mitarbeitenden entgegenwirken: Aktionen von begleitenden Achtsamkeitspausen über einen Yoga-Kurs und After-Work-Events bis zum Foodtruck haben dazu beitragen, für Ausgleich und Freude zu sorgen. Zudem gilt es, auch in Krisensituationen ein Gefühl von Selbstwirksamkeit und Sicherheit zu erzeugen und dieses auch an Mitarbeitende weiterzuermitteln. Wir möchten dauerhaft mehr in interne Kommunikation und die Befähigung zum Führen in Krisen investieren. Mit einem regelmäßigen internen Newsletter mit Wissen zu Teamführung sowie Workshops mit den Führungskräften, aus denen beispielsweise ein gemeinsames



**Julian Krings ist Leiter der Unternehmenskommunikation beim zentralen IT-Service-dienstleister der IHK-Organisation (IHK-GfI).**



**Dr. André Donk ist Prokurist und Head of Corporate Finance & Development bei der IHK-GfI.**

## AUS ERFAHRUNG STÄRKER

Eine derart krisenhafte Situation verdichtet bestehende Herausforderungen einer Organisation und kann besser bewältigt werden, wenn im Vorfeld ausreichend „Abwehrkräfte“ gebildet werden. Dabei sind sowohl organisationale als auch kommunikative Aspekte zentral: Die Krisenreaktion muss prozessorientiert ablaufen, Zuständigkeiten müssen klar verteilt sein – es muss schnell Ordnung ins Chaos einkehren. Letztlich aber gilt: Wirksam wird die beste Vorbereitung nur dann, wenn Mitarbeitende insgesamt in einer gesunden und positiven Unternehmenskultur arbeiten. Wir haben vier Aktionsfelder gemeinsam mit unserer





Führungsversprechen an die Mitarbeitenden entstanden ist, setzen wir letzteres bereits um.

### KOMMUNIKATIONSKANÄLE KOMPENSIEREN

Durch die kurzfristige Trennung aller Services vom Internet war sowohl die Sendee- als auch die Empfangsfähigkeit bei unserer Kundschaft genauso unterbrochen wie bei uns selbst. Zudem war mit dem Ausfall von E-Mail und Webseite unser Basispaket für Kommunikation nicht verfügbar. In der Not sind Kreativität und breite Partizipation gefragt: Wir konnten die Basisfunktionen der Kommunikation schnell wiederherstellen, indem wir einige Angebote und Technologien „zweckentfremdet“ haben. So konnten wir unsere Kundschaft unter anderem mit einer Veranstaltungsass als Pull- und einem SMS-Gateway als Push-Kanal ab dem zweiten Tag mit zentralen Informationen versorgen. Zahlreiche Austauschrunden der Ansprechpersonen aus den IHKs mit

Fachexpertinnen und -experten aus der IHK-GfI haben sich über den Verlauf der Situation zudem als ein derart beliebtes Format etabliert, dass wir dieses in angepasster Form auch über die Notfallkommunikation hinaus fortführen werden.

### VON FALL- ZU PROZESSORIENTIERTE KRISENKOMMUNIKATION

Natürlich verfügt auch die IHK-GfI über ein Konzept zur Krisenkommunikation inklusive dazugehörigem Notfallhandbuch. Bei einer so komplexen Lage wie im August 2022 passte jedoch keins der darin antizipierten Szenarien zu unserer Situation. Inzwischen haben wir deshalb unsere Krisenkommunikation zu einem modularen Prozess mit klaren Verantwortungen und Phasen ausgebaut. In jeder Phase werden bestimmte Zwischenziele erreicht – sei es die Erstinformation der wichtigsten Stakeholder, die Wiederherstellung der Kommunikationsfähigkeit der IHK-GfI oder die Information der Öffentlichkeit. In der Krise schauen alle

nach dem Licht am Ende des Tunnels – nach kleinen oder großen Erfolgsmeldungen. Mindestens genauso wichtig ist es, das eigene Vorgehen verständlich zu machen und Kundschaft sowie Mitarbeitende einzubeziehen.

### PRESSEARBEIT AUSBAUEN

Als IT-Dienstleister arbeiten wir in einem geschlossenen Markt. Eine über die Organisation hinausgehende Bekanntheit durch strukturierte Pressearbeit war daher bisher nicht von Interesse. Ein Cyberangriff, dessen Abwehr die Arbeitsfähigkeit von 79 IHKs in Deutschland teilweise sehr stark einschränkt, zieht jedoch das Interesse der Lokalzeitungen aus 79 Regionen sowie nationaler Fachberichterstattung auf sich. Unsere Pressearbeit bauen wir – angepasst auf unseren Kontext – aus, beispielsweise mit Rahmenwerken für die Struktur von Pressemeldungen oder dem Aufbau entsprechender Kontakte und Verteiler.

# Sicher sein

im kommunalen Rechenzentrum



MEHR ERFAHREN

## Das kommunale Powerpaket: ZOOM MC by regio iT

Was sagen Städte und Kommunen zu unserer On-Premise-Lösung auf Basis von Zoom One Enterprise Plus? Stabil und performant! Warum? Weil sie jetzt Meetings und Webinare mit bis zu tausend Teilnehmenden veranstalten können – über die regio iT-eigenen „Meeting Connectors (MC)“ und zu attraktiven Konditionen.

Interessiert? Wir beraten Sie gerne!

[vertrieb@regioit.de](mailto:vertrieb@regioit.de)

[www.regioit.de](http://www.regioit.de)

regio iT

# MALWARE INFORMATION SHARING – AUSTAUSCH FÜR MEHR CYBERSICHERHEIT

**Cybersicherheit ist eine Frage der Expertise – und der Geschwindigkeit. Je eher relevante und aktuelle Bedrohungsinformationen in die eigene Verteidigung einfließen, desto besser ist die Chance, Cyberangriffe abzuwehren. Die Mitglieder der govdigital arbeiten gemeinsam an einer Malware Information Sharing Plattform (MISP).**

Jede professionelle IT-Organisation arbeitet mit externen Informationen über aktuelle Bedrohungen (Threat Intelligence). Malware-Informationen sind ein Teil davon. Eine Malware Information Sharing Plattform bildet die Basis für den Informationsfluss. Sie erlaubt es, Informationen über Bedrohungen zu sammeln, aufzubereiten und automatisiert in Prozesse zu integrieren. Wahrscheinliche Angriffe können dadurch frühzeitig erkannt und zusätzliche Schutzmaßnahmen abgeleitet werden. Das hilft, den Security-Betrieb effizient und zielgenau zu organisieren.

## EFFIZIENT OPERATIONALISIEREN

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine gelingende Operationalisierung ist eine hohe Qualität und Relevanz der Informationen. Die ganze Fülle von Malware-Informationen aus verschiedensten Quellen überfordert jede Sicherheitsorganisation. Nötig ist daher eine hochwertige und sektorspezifische Redaktion, die relevante Informationen filtert und aufbereitet.

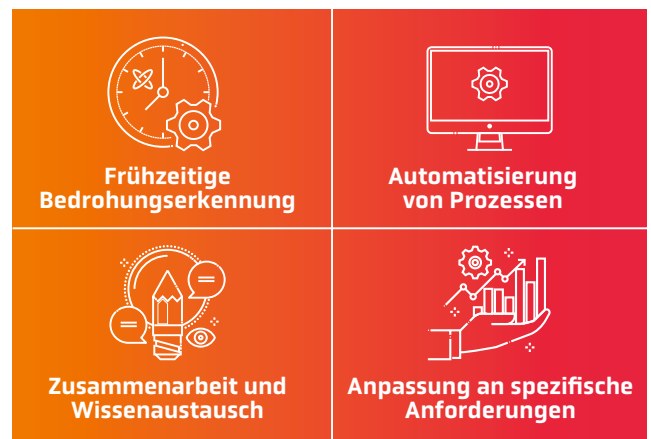
Den größten Effekt bei der Umsetzung von Threat Intelligence erzielen die MISP-Nutzer, wenn die vorhandenen Informationen automatisiert nachgenutzt werden. Dafür werden die qualitätsgesicherten Informationen mit Log-Informationen der lokalen Systeme abgeglichen. Spuren von Bedrohungsszenarien können so

automatisiert erkannt werden und Alarme auslösen.

## MIT BREITER VERNETZUNG ZU MEHR CYBERSICHERHEIT

Um die großen Potenziale einer MISP zu nutzen, ist das Teilen von Information und die Zusammenarbeit vieler Akteure ein Schlüssel für den Erfolg. Durch eine Vernetzung lässt sich zum einen die Informationslage noch stärker verbessern, zum anderen kann eine hohe Qualität kostengünstig erreicht werden.

Die govdigital und ihre genossenschaftlichen Mitglieder planen aktuell eine gemeinschaftliche Plattform. Der Fokus in der ersten Phase liegt dabei auf dem technischen und organisatorischen Aufbau sowie der Einführung eines managed MISP-Service. Letztere erfolgt auch in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Sicherheitsbehörden. Einige Mitglieder engagieren sich als Vorreiter, für alle wird der Service später bereitgestellt. Interessierte sind herzlich eingeladen, an dem Projekt mitzuarbeiten. Je mehr öffentliche IT-Dienstleister sich an dem



## Effiziente Operationalisierung von Threat Intelligence durch gemeinschaftliche MISP

gemeinschaftlichen Vorhaben beteiligen und aktiv an einem Malware Information Sharing Plattform mitwirken, desto besser ist jedes einzelne Mitglied geschützt – und mit ihm auch Behörden in Ländern und Kommunen.



**Uwe Schwarz ist CISO der govdigital eG und Leiter der AG Cybersicherheit der Genossenschaft.**

# SICHERHEIT UND SOUVERÄNITÄT GEHÖREN FÜR GOOGLE ZUSAMMEN

**Die Google Cloud spielt eine entscheidende Rolle, wenn Organisationen ihre Infrastruktur vor Cyberangriffen schützen wollen.**



In allen Bereichen lauern heute Cyberrisiken, die bei vielen Menschen zu Verunsicherung führen. Hacker:innen geht es längst nicht mehr nur darum, an Daten zu kommen. Immer häufiger greifen sie auch demokratische Strukturen an. Im digitalen Raum seien die Bedrohungen derzeit so groß wie nie, schreibt das BSI<sup>1</sup>.

Neben wirtschaftlichen Schäden ist die kritische Infrastruktur akut gefährdet. Webseiten deutscher Behörden werden erfolgreich attackiert. Kommunen waren zum Teil wochenlang nicht arbeitsfähig, öffentliche Krankenkassen waren durch einen Angriff auf den IT-Dienstleister indirekt betroffen. Letztlich bedroht eine unzureichende IT-Sicherheit die Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit, und mindert dadurch unmittelbar die Digitale Souveränität.

In der Vergangenheit haben viele versucht, sich alleine gegen Cyberattacken abzuschotten. Doch geschlossene Systeme machen es für den Einzelnen immer schwieriger, sich gegen wachsende Gefahren zu schützen. Größere Sicherheit verschaffen Cyberlösungen, die auf offenen, hochsicheren Standards beruhen und eine enge und transparente Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in der Sicherheitsindustrie fördern. Kurzum: das Prinzip der Open Security – ein Konzept, auf das auch Google setzt.

Ein solch offener Ansatz mag zunächst paradox klingen, doch in unserer heutigen mobilen, hybriden Umgebung ist Cybersecurity ein Team sport, und gemeinsam kann man höhere Standards für die Sicherheit setzen, von denen alle profitieren. Ein wichtiges Prinzip der Open Security besteht im sogenannten Zero-Trust-Modell: eine Vorgehensweise, bei der alle Nutzer:innen, alle Geräte und Anwendungen kontinuierlich auf Sicherheitsrisiken überprüft werden. So wird die Gemeinschaft geschützt – und damit auch jedes einzelne Mitglied. Ihr gemeinsames Ziel besteht darin,

Hacker:innen keine Chance zu geben – und damit auch demokratische Strukturen zu stärken.

Bei Google Cloud arbeiten hunderte Expert:innen konstant daran, die Plattform um neue Funktionen zu erweitern, die einen immer besseren Schutz bieten. Die Innovationsgeschwindigkeit ist sehr hoch. Jedes Sicherheitsupdate, das den Kunden zur Verfügung gestellt wird, umfasst Wissen aus einer Bedrohung, einer Schwachstelle oder einer neuen Angriffstechnik. Die Cloud besitzt eine Art digitales Immunsystem. Kunden profitieren dabei von Skalierungseffekten: Die Kosten, die sie für die Sicherheit ihrer Infrastruktur und ihrer Daten investieren müssen, sinken. Gleichzeitig werden die Sicherheitsstandards, die sie hierfür erhalten, immer höher.

Sicherheit und Souveränität gehören für Google zusammen. Wenn durch einen Hackerangriff Daten verloren gehen, gibt es keine Souveränität mehr. Und wenn Sie nicht souverän agieren können, ist es schwierig, die eigene Sicherheit zu garantieren. Das zunehmende Vertrauen, dass die Nutzer:innen Cloud-Lösungen entgegenbringen, treibt den Übergang in die Cloud voran. Und das führt letztlich zu noch größerer Sicherheit für alle – und hilft damit auch, digitale Souveränität zu festigen.

Dazu nimmt Google die Bedenken rund um das Thema ›Digitale Souveränität‹ sehr ernst und hat spezielle Produkte entwickelt, die diese Bedenken und das Sicherheitsbedürfnis der öffentlichen Kunden adressieren. Da Google auf Open Cloud und Open Source setzt, gibt es natürlich auch Möglichkeiten, Workloads auf andere Plattformen zu migrieren, wie es die DVC-Strategie vorsieht.

**Im Magazin Aufbruch berichtet Google von erfolgreichen Digitalisierungsprojekten. Ausgabe 29 beschäftigt sich mit dem Thema Cybersicherheit: [Goo.gle/aufbruch-de](https://www.google.com/aufbruch-de).**

<sup>1</sup> <https://bit.ly/BSI-Lagebericht-IT-Sicherheit>

# KOMMUNALVERWALTUNGEN ALS KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Anhalt-Bitterfeld, Potsdam oder Witten – um nur einige der bekannten Cyberangriffe auf Kommunalverwaltungen zu nennen, verdeutlichen die steigenden Gefahren aus dem Cyberraum. Mit der Digitalisierung gehen Vernetzung, immer schnellere Innovationssprünge und steigende Kriminalität einher. Das führt zu mehr Angriffsvektoren, die verstärkt ausgenutzt werden. Die Folgen dieser Cyberangriffe sind erheblich: eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Kommunen, Folgekosten und Vertrauensverluste der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat. Die Bedeutung der Informationssicherheit in den Kommunen nimmt rapide zu. Diese sind dabei im gesamtstaatlichen Gefüge von besonderer Bedeutung. Das liegt im Wesentlichen am Aufgabenspektrum der Kommunen: Der Verwaltungsvollzug und die Krisen (COVID-19, Flüchtlinge, Energieversorgungsengpässen, Tierseuchen, Hochwassergefahren) werden maßgeblich auf kommunaler Ebene bewältigt. Das zieht stets die Frage nach der KRITIS-Betroffenheit nach sich. Auf gesetzlicher Grundlage maßgeblich wären die nationalen Umsetzungen der NIS 2- (IT-Sicherheit) und der CER-Richtlinie (physischer Schutz). Die genaue nationale Ausgestaltung ist häufig noch unklar.

## NIS 2-RICHTLINIE

Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (NIS 2) ist bis 2024 in nationales Recht zu

übertragen. In Deutschland basiert die Umsetzung bisher auf dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 und der KRITIS-Verordnung. NIS 2 bildet die Grundlage für Risikomanagementmaßnahmen und Meldepflichten im Bereich Cybersicherheit in verschiedenen Sektoren, beispielsweise Energie und Verkehr.

Erstmals wird dabei auch die öffentliche Verwaltung auf zentraler und regionaler Ebene erfasst. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten beschließen, auch Einrichtungen auf lokaler Ebene

**Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände muss vermieden werden, bei der nationalen Umsetzung der NIS 2-Richtlinie von Bundesland zu Bundesland deutlich unterschiedliche Anforderungen zu stellen.**

– in Deutschland die Kommunen – einzubinden. Das müsste über Rechtsakte der Bundesländer erfolgen. Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände muss vermieden werden, bei der nationalen Umsetzung der NIS 2-Richtlinie von Bundesland zu Bundesland deutlich unterschiedliche Anforderungen zu stellen. Dafür sprechen auch die europarechtlichen Vorgaben zur Mindestharmonisierung. Daher ist ein Mindestmaß an Einheitlichkeit Voraussetzung, um die Richtlinie auf kommunaler Ebene umzusetzen.

– in Deutschland die Kommunen – einzubinden. Das müsste über Rechtsakte der Bundesländer erfolgen. Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände muss vermieden werden, bei der nationalen Umsetzung der NIS 2-Richtlinie von Bundesland zu Bundesland deutlich unterschiedliche Anforderungen zu stellen. Dafür sprechen auch die europarechtlichen Vorgaben zur Mindestharmonisierung. Daher ist ein Mindestmaß an Einheitlichkeit Voraussetzung, um die Richtlinie auf kommunaler Ebene umzusetzen.

## CER-RICHTLINIE

Ein zweites wesentliches EU-Instrument ist die CER-Richtlinie. Ziel im Rahmen der nationalen Umsetzung ist es, mit dem KRITIS-Dachgesetz den Schutz vor Angriffen auf die IT-Infrastruktur und den physischen Schutz für kritische Infrastruktur zu harmonisieren. Festlegungen über den genauen Anwendungsbereich





**IT-  
SICHERHEITS-  
GESETZ**

**KRITIS-  
VERORDNUNG**

und die Standards lassen sich auf Basis des vorliegenden Referentenentwurfes nicht ableiten.

### **BEWERTUNG**

Die Kommunen sehen Informationssicherheit als organisations-eigene Aufgabe, benötigen aber entsprechende Unterstützung durch die Länder oder das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Notwendig sind einfache Meldewege als Grundlage für ein kommunales Lagebild, die Benennung von Informationssicherheitsbeauftragten, die Umsetzung des IT-Grundschutz-Profiles Basisabsicherung Kommunalverwaltung/Standardabsicherung sowie Strukturen, um Vorfälle zu bewältigen.

Einzelne Vorgaben der IT-Sicherheit werden bereits heute durch verschiedene Bundesbehörden in Ebenen übergreifenden Verfahren definiert, zum Beispiel iKFZ. Sie führen aber innerhalb der Kommunalverwaltungen zu verschiedensten Anforderungen, weshalb einheitliche Standards festgelegt werden müssen. Über die NIS 2- und CER-Richtlinie besteht die Möglichkeit, verbindliche und einheitliche Vorgaben für die Informationssicherheit und physische Sicherheit herbeizuführen und Unterstützungsangebote auszubauen. Wegen der potenziellen Schadensauswirkungen sind die kreisfreien Städte und Landkreise mögliche Adressaten für Normen.

Die gesamte kommunale Verwaltung der KRITIS-Regulierung zu unterwerfen, ist allerdings kaum umsetzbar und auch nicht notwendig. Die damit einhergehenden zu erwartenden Standards

zum physischen Schutz der Verwaltung einschließlich Zugangsbeschränkungen und zur Informationssicherheit würden vielfach zu einem Verlust

an Bürgernähe führen und erhebliche organisatorische und finanzielle Ressourcen benötigen. Klar ist allerdings auch, dass besonders kritische Verwaltungsbereiche auf der kommunalen Ebene im Krisenfall funktionieren müssen. Insofern besteht allein aus dem Präventionsgedanken heraus die Notwendigkeit, die Resilienz bestimmter Teile der öffentlichen Verwaltung aus der Kernverwaltung sicherzustellen und gegebenenfalls zu erhöhen. Das erfordert eine angemessene kommunale Finanzausstattung. Daher müssen klare Einordnungskriterien definiert werden, um Verwaltungsbereiche mit besonderer KRITIS-Relevanz und die dafür benötigten Strukturen detailliert einzuordnen und auszustatten. Ausgangspunkt ist ein von Expertise begleiteter Abwägungsprozess, um das Schutzgut definieren zu können. Die kommunalen Spitzenverbände müssen hierbei eng einbezogen werden, um das Verfahren wirksam in den Kommunen zu verankern.



**Christian Stuffrein**  
ist Referent für  
Digitalisierung  
beim Deutschen  
Landkreistag.



# DIGITALES INSTANDHALTUNGS- UND WARTUNGSMANAGEMENT FÜR BAULICHE INFRASTRUKTUREN

Profitieren Sie von einer vorausschauenden Wartung mit PROinfra, einer Lösung der PROFI Engineering Systems AG unter Verwendung von Technologiebausteinen aus dem Hause des Enterprise Open Source Marktführers Red Hat.

Die von PROFI als langjähriger Premier Business Partner Red Hats entwickelte Lösung verhilft Organisationen des öffentlichen Sektors, Defekte und Schäden an physischen Infrastrukturen zu vermeiden, indem sie Wartungsanforderungen vorhersehbar und damit planbar macht.



**Milco Gehrmann ist Teamleiter Softwarelösungen bei der PROFI Engineering Systems AG.**  
[www.profi-ag.de](http://www.profi-ag.de)

Die Wartung von Stromkästen über Straßenbeleuchtung bis hin zu Brücken und Gebäuden, ist eine komplexe und sehr kostspielige Herausforderung. Insbesondere aufgrund von Ressourcenengpässen in Hinblick auf Zeit, Personal und Material.

Mit der hochwertigen Software PROinfra, die hierbei zum Einsatz kommt, kann durch die Verwendung einer modernen, cloud-nativen Softwarearchitektur mehr Transparenz über den aktuellen Zustand des jeweiligen Objektes erreicht werden. Die technische Umsetzung erfolgt dabei auf der unternehmenstauglichen, modernen, sicheren und skalierbaren offenen Red Hat OpenShift Container Plattform.

Durch Technologien wie maschinellem Lernen und Echtzeitanalysen von Daten, gewährleistet PROinfra eine umfassende Überwachung, um proaktive Maßnah-

men zur Vermeidung von Mängeln und Schäden zu empfehlen, bevor diese auftreten.

## SIE WOLLEN MEHR WISSEN?

Dann nutzen Sie unseren kostenlosen Webcast am **Donnerstag, den 28. September 2023.**

Erfahren Sie aus erster Hand die Insights der PROFI- und Red Hat-Experten, Anwendungsbeispiele aus der Praxis und wertvolle Tipps & Tricks. Gleich heute noch anmelden.

Agenda, Anmeldung & mehr:  
<https://bit.ly/Anmeldung-Webcast>





Andreas Könen ist Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).

# „DIE GEFAHR IST REAL.“

**Die Bedrohungen durch Cyberkriminalität sind auch für Kommunen nicht mehr wegzudiskutieren. Das Bewusstsein wächst, aber es gibt noch viel zu tun. Andreas Könen, Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit im BMI, erklärt im Interview, wie er die Lage einschätzt und was der Bund tut, um kommunale Verwaltungen zu unterstützen.**

## Herr Könen, wie steht es um Cybersicherheit in Kommunen?

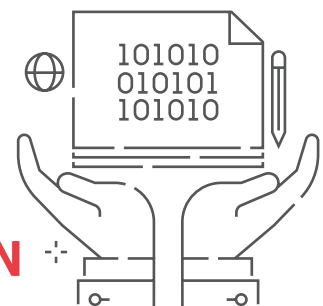
**Könen:** Den kommunalen Verwaltungen ist mittlerweile sehr bewusst, wie wichtig Cybersicherheit ist und worum es geht. Die allerletzten sind sicherlich noch durch Fälle wie Anhalt-Bitterfeld oder Potsdam aufgewacht. Der Wille, IT-Sicherheit umzusetzen, ist also da. Allerdings: Dadurch ist noch lang nicht jede Kommune fähig dazu.

Drei erschwerende Faktoren dominieren: Erstens zu wenig und nicht ausreichend qualifiziertes Personal. Dadurch fehlt Kommunen die Fähigkeit, sich überhaupt adäquat mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zweitens zu wenig Geld. Kommunen finanzieren verständlicherweise erstmal ihre Dienstleistungen wie Bürgerservices, Sozialleistungen, Schulen. IT-Sicherheit kommt in der Priorität dahinter. Und drittens ist die Infrastruktur heterogen und oft schlicht veraltet. Als ich vor einigen Jahren das erste Mal mit meinen jugendlichen Söhnen auf dem Bürgeramt war, meinten die: „Was ist das denn für eine grottige IT, die hier steht?“ Das Resultat sehen wir in der aktuellen Cybersicherheitslage. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

## Welche Gefahren sehen Sie dadurch?

Die größte Gefahr aktuell ist Ransomware. Dahinter steht mittlerweile eine Industrie. Es gibt Gruppierungen, die den ganzen Tag nichts anderes tun, als nach Institutionen mit Schwachstellen in ihrer Software zu suchen. Sie greifen selbst nicht an, bieten anderen kriminellen Organisationen aber Listen mit potenziellen Angriffszielen.

**37**  
**NATIONEN**



**HABEN SICH DER INTERNATIONAL  
RANSOMWARE COUNTER INITIATIVE  
ANGESCHLOSSEN**

Diese Listen scannt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) regelmäßig und benachrichtigt betroffene Verwaltungen, auch in Kommunen. Verwaltungen sollten auf Gefahrenszenarien vorbereitet sein: Wie stelle ich sicher, dass ich wenigstens noch telefonieren kann? Gibt es eine einzige Hotline, bei der Bürgerinnen und Bürger Infos erhalten? Da sind wir noch gar nicht bei der Frage, was an Software und Dienstleistungen man retten kann.

Übrigens: Auf Seiten der Kriminalitätsbekämpfung hat das Bundeskriminalamt (BKA) diese Szene gut im Blick. Wir bekämpfen die Gruppierungen über die US-geführte International Ransomware Counter Initiative, der sich 37 Nationen weltweit angeschlossen haben. Erste Gruppen wurden bereits aufgelöst, weitere Haftbefehle über Interpol sind gestellt.

### Was können Kommunen angesichts klammer Haushaltskassen tun?

Gerade in kleinen Kommunen fehlt oft das grundlegende Know-how. Hier hilft es, sich etwa mit Nachbarkommunen zusammen

zu tun und Ressourcen zu bündeln. Oder man beauftragt einen externen IT-Dienstleister. Bei IT-Sicherheit ist eine zentrale Herangehensweise oft einfach besser, Beispiel Cloud: Sie ist für eine kleine Kommune die professionellste IT-Sicherheitshilfe, die es geben kann. Ein anderer Weg geht über das BSI. Jede Kommune kann auf dem Weg der Amtshilfe eine Erstberatung einholen, wie die IT-Landschaft am besten zu gestalten ist, welche Schritte es braucht. Damit kommt man schon deutlich weiter, ohne gleich viel Geld zu investieren.

### Was tut die Bundesregierung für mehr Cybersicherheit in Kommunen?

Unser Ziel ist es, das BSI zur Zentralstelle für IT-Sicherheit für kommunale Verwaltungen zu machen. Wir wollen das auch gesetzlich verankern, dafür braucht es allerdings eine Grundgesetzänderung. Darüber verhandeln wir gerade sehr intensiv mit den Bundesländern. Kommunen müssten dann unter anderem die Erstberatung nicht mehr über die Amtshilfe erbetteln, sondern es wäre ein Regelprozess. Das BSI bekäme dann im Zuge des Erfüllungsauftrags auch die dafür nötigen Mittel zugeteilt.



## SCHÜLER ONLINE 2.0

- › Schulanmeldung – einfach und digital
- › Anmeldungen mit einem Konto – von der Grundschule bis zur Berufsschule
- › Datenschutzkonform – sicher dank bund.id, mein-unternehmenskonto.de und elektronischem Personalausweis (eID)



„Ich plädiere dringend dafür, dass die Länder sich jetzt einigen, auch auf kommunaler Ebene KRITIS umzusetzen.“



Auf dem VITAKO Herbstempfang 2022 wurde das Thema Cybersicherheit kritisch diskutiert.

Ich halte das für einen wesentlichen Beitrag, um Kommunen besser aufzustellen.

#### Sollte die kommunale Verwaltungs-IT auch als KRITIS eingestuft werden?

Da sitze ich ein wenig zwischen den Stühlen. Die Bundesländer haben uns im Zuge der deutschen Umsetzung der NIS 2-EU-Richtlinie – in der auch KRITIS-Kriterien vorgegeben werden – gebeten, keine Regulierung bis auf kommunale Ebene zu implementieren. Daran haben wir uns als Gesetzgeber gehalten und ausschließlich die Bundes- und oberste Verwaltungsebene der Länder reguliert. Ich plädiere dringend dafür, dass die Länder sich jetzt einigen, auch auf kommunaler Ebene KRITIS umzusetzen. Es ist ja ein bisschen absurd: Praktisch jedes städtische Wasserwerk, jeder Energieversorger ist gemäß NIS 2 ab Oktober 2024 KRITIS, die Verwaltung der Kommune – die ja oft Eigentümer ist – nicht. Hier täten wir gut daran, einheitliche Bedingungen zu schaffen.

Ich verstehe zwar den Gegenwind in Ländern und Kommunen, denn KRITIS heißt natürlich auch Verpflichtungen. Insbesondere

die Meldepflicht, die sofort umzusetzen ist. Die dafür nötigen Strukturen können nur durch weitere Investitionen der Länder entstehen, das muss man klar sagen. Auch die Anbindung an den Verwaltungs-CERT-Verbund ist dann ein Muss, auch das kostet. Es ist aber gut investiertes Geld, denn die Schäden durch Angriffe sind um ein Vielfaches höher, auch hinsichtlich des Reputationsverlusts.

#### Wie schätzen Sie die Situation in fünf Jahren ein?

Bei der Strafverfolgung krimineller Cyberorganisationen sind wir schon gut aufgestellt und das wird auch so bleiben. Allerdings halte ich es für kaum möglich, Cyberkriminalität komplett zum Verschwinden zu bringen. Dazu wächst unsere Digitalisierung zu stark und bietet immer mehr Angriffsfläche. Umso wichtiger ist es, dass wir uns als Staat besser wappnen und unsere Infrastruktur resilienter machen. Dafür haben wir Ende 2022 etwa das KRITIS-Dachgesetz auf den Weg gebracht. Das Wichtigste ist aus meiner Sicht, dass wir Cybersicherheit in einer gemeinsamen Struktur zwischen Bund, Ländern und Kommunen angehen – jeder verantwortlich für seinen Bereich, aber kooperativ auf einer gemeinsamen gesetzlichen Grundlage.



# KRITISCHE INFRASTRUKTUREN SCHÜTZEN!

Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist von entscheidender Bedeutung. Das Funktionieren der Gesellschaft ist dabei von mehreren Sektoren abhängig – Energie, Gesundheit, öffentliche Verwaltung, digitale Infrastruktur bis hin zu den Bereichen Bildung und Betreuung. Bereits mit dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 im Jahr 2021 wurden Regelungen zum Schutz der kritischen Infrastrukturen beschlossen. Das Ziel: Resilienz und physische Sicherheit von kritischen Bereichen und Einrichtungen. Aber nicht nur KRITIS-Betreiber haben Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen der IT-Systeme, Komponenten und Prozesse zu etablieren. Öffentliche Verwaltungen waren in den vergangenen Jahren vermehrt Ziel digitaler Angriffe von Cyberkriminellen. Mit dem KRITIS-Dachgesetz werden perspektivisch weitere Anforderungen greifen. Der Umfang der KRITIS-Regulierung erweitert sich ab 2023 somit deutlich – von etwa 2.000 auf 30.000 betroffene Unternehmen und Einrichtungen. Fakt ist: Das Thema Cybersicherheit wird mehr denn je in den Fokus der Verwaltungen als auch ihrer IT-Dienstleister und Rechenzentrumsbetreiber rücken.

## WEG IN DIE BASIS-ABSICHERUNG (WIBA)

Mit WIBA startet ein Pilotprojekt, um die IT-Absicherung in Kommunen zu optimieren. Ins Leben gerufen vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und den kommunalen Spitzenverbänden nimmt das Projekt nun

Fahrt auf. Anhand von speziellen Fragenkatalogen und Checklisten überprüfen die Kommunen ihr Sicherheitsniveau und unterstützen parallel die Ausrichtung der IT-Strategie. Aus 130 Bewerbungen wurden sechs deutsche Modellkommunen ausgewählt, die einen Querschnitt der kommunalen Landschaft abbilden. Eine davon ist die Landeshauptstadt Schwerin mit ihrem kommunalen IT-Dienstleister SIS|KSM. Um den Status der Cybersicherheit zu untersuchen, stehen unterschiedliche Kernbereiche im Blickwinkel. Insgesamt galt es 230 Fragen zu beantworten, die Schwerin zusammen mit der SIS/KSM in fast allen Fällen positiv beantwortete. Die gesammelten Erfahrungen führten dazu, weitere Verbesserungspotentiale für den WIBA-Fragenkatalog aufzuzeigen. „Es ist wichtig und richtig von Erfahrungen zu partizipieren und ein einheitliches Schutzniveau aufzubauen. In einer zunehmend digitalisierten Welt ist die Sicherheit von kommunalen Einrichtungen und Daten von entscheidender Bedeutung“, weiß Matthias Effenberger Geschäftsführer und Vorstand, SIS|KSM.

## FACHBEREICHSÜBERGREIFENDES CYBER-SECURITY-TEAM (CST)

Nach dem Cyberangriff vor rund zwei Jahren etablierte der Verbund ein CST, um die Zero-Trust-Strategie umzusetzen, sowie sicherheitsrelevante Themen zu steuern und fortzuentwickeln. „Das Krisenmanagement hat uns viele Impulse zum Strukturieren und Verbessern unseres Notfallmanagements aufgezeigt“,

bilanziert Axel Friedrich, Abteilungsleiter Infrastruktur und Rechenzentrum, SIS/KSM. „Wir arbeiten stetig an der Erhöhung des Sicherheitsniveaus. Dabei gilt es, Prozesse und Dokumentationen zu überprüfen und neue Sicherheitsmechanismen zu etablieren“, so Friedrich weiter. „Mit unseren Trägerkommunen und Kunden stehen wir im intensiven Austausch zu den Themen Informationssicherheit und Datenschutz in Bezug auf das IT-Notfallmanagement“, ergänzt Claudia Parton als Abteilungsleiterin Informationssicherheitsmanagement und Datenschutz bei der SIS/KSM. Das CST steht dabei im ständigen Austausch mit dem BSI, externen Cyberexperten und dem CERT des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wichtig ist: Das Thema IT- und Informationssicherheit darf nicht als Nebensache erachtet werden, sondern muss auf der Prioritätenliste einen der obersten Plätze einnehmen. Den Kommunen muss klar sein, dass der Schutz hochsensibler Daten und kritischer Prozesse bestmöglich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden muss.



**Matthias Effenberger** ist Geschäftsführer und Vorstand bei SIS/KSM, SIS Schweriner IT- und Servicegesellschaft mbH und KSM Kommunalservice Mecklenburg AöR.



**I KOMIT**  
BAUVORHABEN  
BESCHLEUNIGEN

**II PERSONALIE**  
NEUER VORSITZENDER  
DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

**III VERÖFFENTLICHT**  
GESCHÄFTSBERICHT 2022 IST DA

**AACHEN**  
ZWEITER SUSTAINABILITY MONTH

**IV SMART CITY**  
REGIO IT UNTERSTÜTZT  
KOMMUNEN

# OPEN URBAN DATAPLATFORM: BAUVORHABEN SCHNELL UND EINFACH KOORDINIEREN

„KomIT“ heißt das in dieser Art bundesweit wohl einmalige Projekt zur Beschleunigung von kommunalen Bauvorhaben. Die regio iT setzt gemeinsam mit der Stadt Aachen, der umlaut solutions GmbH, der DKSR GmbH, der cityscaper GmbH, dem ISAC der RWTH Aachen University und der Regionetz GmbH das vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) geförderte Vorhaben um. Die Größe der Herausforderung spiegelt sich im Projektvolumen wider: 4.200.583,00 Euro für die Laufzeit bis 30. September 2025.

„Harmonisierung statt Fragmentierung“, fasst regio iT-Innovationsmanagerin Dr. Dina Franzen-Paustenbach das Vorhaben zusammen. Daten-Pool statt Insellösungen ist der Auftrag: Die Informationen aller an einem Bauvorhaben beteiligten Akteure – unter anderem die Kommunen und Netzbetreiber – in einem gemeinsamen Datenraum zusammenzuführen und für alle verfügbar zu machen. Bisher läuft der Abstimmungsprozess untereinander zumeist manuell – per Mail, Fax oder Post. Unterschiedliche Softwareprogramme erschweren oder verhindern einen direkten Datenaustausch. Diese doppelte Buchführung durch die Insellösungen kostet wiederum Zeit, zieht Informationsverluste nach sich und ist wenig transparent. Am Ende dauern die Bauvorhaben länger als notwendig.

Als Erstes wird ein digitaler Zwilling der kommunalen Infrastruktur erstellt. Dafür müssen alle Objekte auf, über und unter der Stadt erfasst und in die Datenplattform integriert werden. Zukünftig hätte jeder Zugriff auf den tagesaktuellen Stand der Bauvorhaben; die Datenverfügbarkeit würde deutlich erhöht, der Abstimmungsaufwand drastisch reduziert, die Durchführung der Projekte beschleunigt sowie Kollisionen zwischen laufenden und geplanten Bauvorhaben vermieden.



**Dr. Dina Franzen-Paustenbach, Innovationsmanagerin der regio iT, gehört zu den Ideengebern des Projekts „KomIT“**

„So einen Ansatz gab es noch nicht“, konstatiert Dr. Franzen-Paustenbach, die mit ihrem Team zu den Ideengebern gehört und noch einige Herausforderungen zu meistern hat. Unter anderem die Architektur des Datenraumes entwerfen, dessen Aufbau generisch sein soll, um zukünftige Erweiterungen problemlos zu ermöglichen. „Bei dem gesamten Projekt müssen wir die Übertragbarkeit der Lösungen auf andere Städte und Regionen im Blick behalten“, betont Dr. Franzen-Paustenbach den Pilotcharakter des „KomIT“-Projektes.

# IT IST WIE STROM

**Zum 1. Juli hat Dieter Ludwigs als Vorsitzender der Geschäftsführung das Ruder bei der regio iT übernommen. Er ist bereits seit der Gründung 2003 als kaufmännischer Leiter mit an Bord. Seit 2011 hat er die Gesellschaft als Geschäftsführer gemeinsam mit Dieter Rehfeld geleitet, der das Unternehmen zu Ende Juni verlassen hat. Wir haben die Gelegenheit genutzt und dem Kaufmann, der vor allem Verlässlichkeit und Loyalität schätzt, drei Fragen zur sozial verantwortlichen Kurssetzung und DNA des Unternehmens gestellt.**

## **Sie steuern seit 20 Jahren mit – wohin lenkt der erste Steuermann?**

Wir haben eine klare Vision: Den Kunden zu begeistern ist unsere oberste Prämisse – und daran halten wir fest. Doch das ist nicht immer einfach. Denn für den Kunden ist IT wie Strom. Sie hat immer da zu sein und immer zu funktionieren. Doch IT ist nicht einfach so redundant vorzuhalten wie Strom. Eine hundertprozentige ständige Verfügbarkeit der IT? Das geht gar nicht. Aber das ist die Messlatte, an der wir gemessen werden und im Sinne unserer Vision auch gemessen werden wollen.

Kunden zu begeistern, funktioniert nur mit begeisterten Mitarbeitenden. Auch um Service-Exzellenz zu bieten – denn begeistert sein heißt engagiert sein. Dafür tun wir eine ganze Menge, auch im Bereich Recruiting. Job-Ticket, betriebliche Altersvorsorge, flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten, Betriebskita, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Das reicht heute aber nicht mehr aus. Heute geht es vor allem bei jungen Kolleg\*innen um die Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit. Und gerade die können wir bieten, als Teil der kommunalen Familie. Uns geht es um die Zukunft der Stadt, die Gestaltung unser aller Lebensraum, gemeinsam mit dem Kunden.

Für mich macht dabei eine gute Arbeitskultur aus, dass wir uns wirklich als Team verstehen. Der eine dem anderen hilft, ihn unterstützt. Dass wir nicht in Silos denken und arbeiten, sondern nach innen wie außen eine Einheit bilden.

## **Im letzten Geschäftsjahr 2022 hat die regio iT trotz der aktuellen Krisen wieder ein Rekordergebnis erzielt. Wie erklären Sie gutes Krisenmanagement?**

Entscheidend für gutes Krisenmanagement ist, frühzeitig sensibilisiert zu sein für das, was sich abzeichnet, und proaktiv zu handeln. Gerade in Zeiten, in denen sich eine Krise an die andere reiht, ist es wichtig, aus Erfahrungen zu lernen. Nicht zu vergessen: eine klare Kommunikation. Auch Flexibilität ist gefragt. Ich würde mir wünschen, dass wir das, was wir in der Krise leben, auch in den Alltag übertragen. Denn im Krisenfall funktionieren Kommunikation und Zusammenarbeit bei uns zu hundert Prozent.

## **Die regio iT treibt die Themen Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung. Warum?**

Wir haben eine Verantwortung dafür, wie wir mit knappen Ressourcen umgehen. Zudem müssen und wollen wir dazu beitragen, dass wir alle mit auf die Digitalisierungsreise nehmen. Allein durch unsere DNA sind wir dazu verpflichtet, denn gesellschaftsrechtlich sind wir Teil der kommunalen Familie. Daher ist die Nachhaltigkeit auch eines unserer Unternehmensziele.

Das ist unsere Innensicht. Aber auch unsere Kunden stellen sich selbst anspruchsvolle Ziele in puncto Nachhaltigkeit. Das zeigt ihr Interesse an unseren Produkten in diesem Segment. Wir unterstützen unsere Kunden dabei, diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen. In unserer Business Unit Urban Innovation



**Dieter Ludwigs ist neuer Vorsitzender der Geschäftsführung bei der regio iT**

verfügen wir über eine ganze Produktfamilie „Nachhaltigkeit“, mit der wir die smarten Städte von morgen gestalten. Wir selbst streben mittelfristig CO<sub>2</sub>-Klimaneutralität an, ein internes Nachhaltigkeits-Board soll uns hier weiter nach vorn bringen.



# GESCHÄFTSBERICHT UND NACHHALTIGKEITSBERICHT 2022 SIND DA



Welche Themen die regio iT im vergangenen Geschäftsjahr bewegt haben und welche Leuchtturmprojekte sie gemeinsam mit ihren Kunden erfolgreich abgeschlossen oder auf den Weg gebracht hat, erzählt der vorliegende Geschäftsbericht. Und er erzählt von den Menschen dahinter, den Mitarbeitenden der regio iT. Zwölf von 700 berichten stellvertretend von ihren Aufgaben und geben ebenso ganz persönliche Einblicke.

Auch auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung ist die regio iT in 2022 ein gutes Stück vorangekommen. Welche Schritte sie hierzu ganz konkret gemacht und welche Prioritäten sie gesetzt hat, ist dem aktuellen Nachhaltigkeits- und Corporate Social Responsibility-Bericht zu entnehmen.

Sehen Sie selbst: Beide Berichte finden Sie im Downloadcenter der regio iT-Website oder schmökern Sie analog – Printexemplare können angefordert werden unter [redaktion@regioit.de](mailto:redaktion@regioit.de).

## SUSTAINABILITYMONTH AACHEN

**Warum eigentlich ein Sustainability Month?** Weil es keinen Planet B gibt, so die Antwort der Organisator\*innen des digitalHUB Aachen, der Fokusgruppe Sustainability & Social Entrepreneurship – in der die regio iT bereits seit längerem Mitglied ist – und des ecoHUB. Bereits zum zweiten Mal wurde der Nachhaltigkeitsmonat ausgerufen und zog im Juni mit zahlreichen Veranstaltungen rund um das Thema in der Region Aachen Interessierte aus Wirtschaft und Gesellschaft an.

Mitmachen und Mitgestalten war ausdrücklich schon im Vorfeld erwünscht: Alle Akteure der Aachen Area waren aufgerufen, sich mit Veranstaltungen zu beteiligen. So wurde im Krönungssaal

des Rathauses diskutiert, wie Aachen bis 2030 klimaneutral werden kann, was bereits gut läuft oder noch besser werden muss. Beim digitalSUSTAINABILITY DAY in der digitalCHURCH ging es um Wege, Nachhaltigkeit in einem Unternehmen oder Geschäftsmodell zu etablieren. Mit

viel Hartnäckigkeit und auch kleinen Schritten, wie die Nachhaltigkeitsmanagerin des Luisenhospitals Aachen in ihrem Vortrag verdeutlichte. Inspirierend, motivierend fanden Teilnehmende und hatten vor allem einen Wunsch: unbedingt wiederholen!



# MIT DIGITALEN WERKZEUGEN ZUR KLIMANEUTRALITÄT



**Sie nehmen eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität ein: die Kommunen als Changing Cities, Smart Cities, Circular Cities. Begriffe, die für eine große Aufgabe stehen – CO2 zu reduzieren, Ressourcen zu schonen und Energie einzusparen. Die regio iT unterstützt Städte und Gemeinden mit intelligenten Lösungen und ihrem Leitfaden „Digitale Werkzeuge für die Klimaneutralität“ dabei, ihre Klima- und Energieziele zu erreichen.**

Die Stadt Aachen zum Beispiel geht gemeinsam mit 99 weiteren deutschen Städten voran und will im Rahmen des Climate City Contract bis 2030 klimaneutral werden und zugleich als Experimentier- und Innovationszentrum dienen, damit andere Städte in die Lage versetzt werden, bis 2050 das gleiche Ziel zu erreichen. Das Streben nach Klimaneutralität geht mit einer Vielzahl neuer Pflichten und Anforderungen einher, die in Richtlinien und Gesetzen gegossen wurden. Städte und Kommunen müssen sich mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzen, Ziele und Strategien neu ausrichten und deren Wirksamkeit jährlich überprüfen. Was in vielen Kommunen noch fehlt, um eine Treibhausgas-Bilanz erstellen zu können, ist eine belastbare Datenlage und damit die Basis für ein solides Monitoring, zum Beispiel der kommunalen CO<sub>2</sub>-Emissionen.

## ENERGIEMONITORING ALS SCHLÜSSEL ZUR SENKUNG VON EMISSIONEN

„Ein Energiemanagement-System senkt Treibhausgase und spart Geld. Der Implementierungsaufwand hierfür ist gering“, so Dr. Peter Zink, Leiter der Business Unit Urban Innovation bei der regio iT. „Aber auch wenn kommunale Wärmeplanung erst 2026 für große Städte und 2028 für

kleine Städte gesetzlich verankert sein wird, sollten Kommunen bereits jetzt für dieses übergreifende Thema eine solide Datengrundlage schaffen und in ihrer Planung den komplexen Aufwand für die Erfassung, Auslesung und Analyse von Daten bedenken.“



**Dr. Peter Zink**  
ist Leiter  
der Business  
Unit Urban  
Innovation bei  
der regio iT.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität steht die regio iT Kommunen sowohl beratend als auch umsetzend bei der Datenbeschaffung mittels Schnittstellenexpertise, Datenräumen, zusätzlicher Sensorik sowie mit Softwarelösungen zur Datenanalyse und Visualisierung zur Seite. Neue, zertifizierte Dienstleistungen und KI-basierte Produkte werden entwickelt, damit Kommunen den steigenden gesetzlichen Anforderungen gerecht werden können. Dazu gehört unter anderem auch die Weiterentwicklung des Energiemanagement-Systems „e2watch“, mit

den Verwaltungen, Versorger und Stadtwerke ihre Klimabilanz für Strom, Gas, Wärme und Wasser erstellen können.

## NEUER REGIO IT-LEITFADEN ZEIGT NOTWENDIGE SCHRITTE AUF

Der Weg zur Klimaneutralität ist lang und erfolgt in vielen Schritten. Die Komplexität und das notwendige Mitwirken vieler Stakeholder führen dazu, dass digitale Tools unentbehrlich sind, um hier erfolgreich zu sein. Im Leitfaden „Digitale Werkzeuge für die Klimaneutralität“ werden die nötigen Schritte sowie die Rolle der Digitalisierung erläutert. Der Leitfaden kann unter [vertrieb@regioit.de](mailto:vertrieb@regioit.de) angefordert werden.

## IMPRESSUM

Sitz: Aachen  
Lombardenstr. 24, 52070 Aachen  
Telefon: 0241 - 413 59 0  
E-Mail: [medien@regioit.de](mailto:medien@regioit.de)

Niederlassungen:  
Langer Weg 7a      Mühlenstraße 51  
33332 Gütersloh    53721 Siegburg  
05241 - 2113 0      02241 - 999 0

Vi.S.d.P.: Dieter Ludwigs, Redaktion: Birgit Becker, Vertrieb: Thomas Prang, [vertrieb@regioit.de](mailto:vertrieb@regioit.de); Bildnachweise: Anette Berns, digitalHUB Aachen e.V., Roman Samokhin - [stock.adobe.com](http://stock.adobe.com), regio iT GmbH; Autor\*innen dieser Ausgabe: Carola Adenauer, Andrea Kuchenbuch, Mirja Niewerth-Halis



# POTSDAM:

## IT-SICHERHEIT IST VERTRAUEN IN DEN STAAT

**Kurz vor Silvester 2022 erfährt die Stadt Potsdam, dass sie von internationalen Profi-Hackern als „high value target“ gelistet ist. Oberbürgermeister Mike Schubert und sein Team reagieren schnell – auch dank Erfahrungen aus einer früheren Bedrohung. Welche Maßnahmen die wichtigsten waren und was es künftig braucht, erläutert er gemeinsam mit seinem langjährigen Dezernenten für Zentrale Verwaltung, Dieter Jetschmanegg.**



## „Mein erster Gedanke war: Nicht schon wieder!“

Mike Schubert, OB Potsdam



Es ist der 28. Dezember 2022. Die meisten Büros der Potsdamer Stadtverwaltung stehen leer, ein Großteil der Mitarbeitenden ist im Weihnachtsurlaub. „Ich selbst war gerade in der Umkleidekabine des Sportstudios, als der Anruf kam“, erzählt Dieter Jetschmanegg. Am anderen Ende ist der Fachbereichsleiter eGovernment. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg habe ihn informiert, dass Potsdam auf der Liste eines global agierenden Hacker-Netzwerkes steht. Mehr ist nicht bekannt. Dieter Jetschmanegg: „Wir wussten nicht, ob es die Stadtverwaltung betrifft, unsere Website, die kommunalen Stadtwerke oder eine unserer Kliniken. Es war aber klar: Die Bedrohung ist real – und wir müssen sofort handeln.“

Immer mehr Gruppierungen machen es sich weltweit zum Geschäftsmodell, potenzielle Hochwertziele für Cyberangriffe zu identifizieren und diese Listen an Cyberkriminelle zu verkaufen. Die Informationen sind Grundlage für Erpressungsversuche oder tatsächliche Angriffe. In Deutschland ist seit 2013 die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime [ZAC] für die Beobachtung der Gruppierung zuständig, angesiedelt beim LKA Baden-Württemberg.

### **DIE NADEL IM HEUHAUFEN**

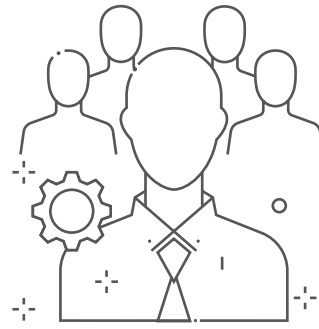
Auch Potsdam erfährt über das LKA von der Bedrohung. Oberbürgermeister Mike Schubert: „Mein erster Gedanke war: Nicht schon wieder!“ Bereits 2020 hatte Potsdam den Versuch eines Cyberangriffs erlebt, damals ohne Schaden. „Ansonsten kennt

man die Routinen“, ergänzt er. Ihm kommt zugute, dass er in früheren Tätigkeiten verschiedene Katastrophenstäbe in Brandenburg geführt hat.

Die wichtigste Frage: Die Systeme provisorisch abschalten oder nicht? Zwar hat die Stadtverwaltung ihre IT nach 2020 deutlich nachgehärtet. „Aber will man wirklich austesten, wer besser ist – wir oder die potenziellen Angreifer? Und Schäden riskieren wie etwa Anhalt-Bitterfeld sie vor zwei Jahren hatte?“ Die Stadt entscheidet sich fürs Abschalten. In den Abendstunden des 29. Dezember schickt der OB die entscheidende E-Mail, die Server fahren runter, auf der Website wird eine Pressemeldung platziert. Auch die städtischen Unternehmen kappen vorsorglich ihre Außenverbindungen.

Dann beginnt die Arbeit. Mike Schubert: „Eine Stadtverwaltung mit rund 2.500 Mitarbeitenden, etwa hundert verschiedenen Fachverfahren – und die vage Aussage, man wäre als Ziel markiert. Das ist die sprichwörtliche Suche nach der Nadel im Heuhaufen.“ Die Tage über Silvester wird durchgearbeitet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden aus dem Urlaub geholt. Zugleich engagiert die Stadt ein international aufgestelltes Forensik-Unternehmen, das sämtliche IT-Systeme prüft. „Da haben wir teilweise Leute von der Autobahn gefischt“, erzählt Dieter Jetschmanegg.





61

## MITARBEITENDE IN DER IT-ABTEILUNG DER STADT POTSDAM

Zugleich müssen wesentliche Bürgerdienstleistungen weiter erbracht werden. Auch dabei helfen die Erfahrungen aus 2020. Die Stadt hat längst Prio-Listen erstellt mit Services, die zwingend weiterlaufen müssen. Etwa die Auszahlung von Sozialleistungen. Dafür hat die Stadt einen Bypass bei der Sparkasse vorbereitet, um Geldgeschäfte über Datenleitungen jenseits der eigenen Systeme abwickeln zu können. Andere Verfahren werden auf Papier und Fax umgestellt. Und Pässe werden kurzfristig von Nachbargemeinden ausgestellt. „Aber das geht leider nicht für alle Aufgaben“, so Dieter Jetschmanegg. „Vielen Leuten mussten wir Anfang Januar sagen: Es tut uns leid, aber ihr könnt euer Auto gerade nicht anmelden.“

Einen weiteren Bypass hat die Stadt auch für den Bereich Medien vorbereitet. So kann trotz gekappter Außenleitungen ab dem ersten Tag mit Medien und über Social Media kommuniziert werden. Mike Schubert: „Krisenkommunikation geht nur frontal und ist enorm wichtig – es steht das Vertrauen in den Staat auf dem Spiel.“

### GUT AUFGESTELLT – ABER ES GEHT NOCH BESSER

Ergebnis der wochenlangen Checks: Es finden sich keine Hinweise auf einen echten Angriff. Die externen Forensiker bescheinigen der Stadt, dass sie gut aufgestellt ist. Dennoch nutzen die Verantwortlichen die Offline-Zeit, um die IT-Systeme noch einmal sicherer zu machen. Eine Mehrfachauthentifizierung für de facto jeden im Haus wird eingeführt – ein immenser Aufwand. Ein Dienstleister überwacht ab sofort 24/7 den Datenverkehr.

## Ihr ganzheitlicher Lösungsanbieter.

Prosoz bietet als erster Fachverfahrenshersteller eine ganzheitliche Ende-zu-Ende-Lösung auf Basis von XBau 2 für Bauaufsichtsbehörden an.

Medienbruchfrei vom Online-Bauantrag über das Baugenehmigungsverfahren bis zum digitalen Bescheid: Mit unserer Softwarelösung

Prosoz elan comfort verbinden wir hohe Fachlichkeit und tiefe Verfahrensintegration mit der Low-Code-Plattform unseres Partners cit GmbH als Service aus einer Hand.

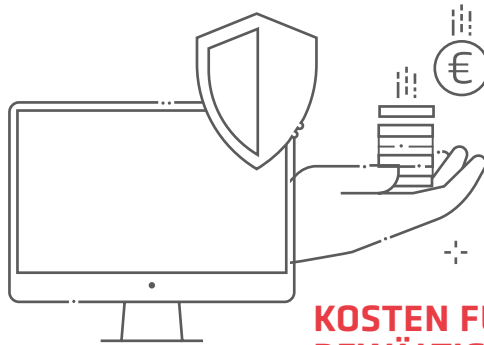
**Wir machen Digitalisierung einfach.**



Sprechen Sie uns an!  
www.prosoz.de

**Prosoz**

**FAST  
3 MIO.  
EURO**



## **KOSTEN FÜR DIE BEWÄLTIGUNG DES SICHERHEITSVORFALLS IN POTSDAM**

Und vor dem Wiederhochfahren wird jedes Fachverfahren darauf geprüft, ob es auf dem aktuellen Stand ist. Kostenpunkt: einmalig 2,3 Millionen Euro für Forensiker und neue Sicherheitsmaßnahmen, künftig jährlich zusätzlich eine Million Euro für die 24/7 Überwachung.

Der Vorfall zeigt auch, dass die Stadtverwaltung Potsdam zuvor richtige Weichen gestellt hat. Dieter Jetschmanegg: „Dass wir uns nach 2020 einen Überblick über unsere IT-Architektur gemacht und einen eigenen IT-Architekten eingestellt haben, war ein entscheidender Vorteil.“ Nach den jüngsten Ereignissen habe man einen zweiten IT-Architekten engagiert. Auch eine Trennung zwischen IT-Sicherheitsbeauftragtem und IT-Abteilung hält er für wesentlich, um Loyalitätskonflikte von vornherein zu verhindern. Last but not least habe Potsdam seit jeher in die Sensibilisierung der Mitarbeitenden sowie auch der Stadtverordneten investiert. „Es reicht nicht, wenn man einmal sagt, dass USB-Sticks kein sicherer Weg sind, da muss man dauerhaft aufklären.“

### **WO BLEIBT DIE CYBER-TASKFORCE?**

Dennoch ist klar: Hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht. Im Fall einer Bedrohung oder eines Angriffs brauche es rasche professionelle Unterstützung, so Mike Schubert. Denn keine Kommune könne dauerhaft die nötige Expertise und das Personal vorhalten. Potsdam habe zwar ad hoc viel Hilfe bekommen, etwa vom BSI, von der Bundeswehr, der Brandenburgischen Landesregierung sowie auch vom kommunalen Zweckverband in Brandenburg DIKOM. „Was wir aber gebraucht hätten, wäre eine breit

aufgestellte Kavallerie gewesen, die hier einrückt und binnen wenigen Tagen unsere IT checkt. Diese schiere Man- oder Women-Power hat gefehlt, daher waren wir erst Wochen und teils Monate später wieder online.“ Hier sind aus seiner Sicht die Sicherheitsbehörden gefragt, eine Cyber-Taskforce einzurichten, die im Notfall kommt – ähnlich der Polizei bei einem Hauseinbruch.

**„Es reicht nicht, wenn man einmal sagt, dass USB-Sticks kein sicherer Weg sind, da muss man dauerhaft aufklären.“**

Dieter Jetschmanegg,  
Dezernent für Zentrale  
Verwaltung

Was sonst noch helfen würde? „Wenn wir für sensible Prozesse der Daseinsvorsorge wie Meldeverfahren oder die Sozialverwaltung internetunabhängige Verbindungen zwischen den Behörden hätten.“ Auch eine einheitliche Software für bundesweit geregelte Behördendienste wie den Personalausweis fände Dieter Jetschmanegg sinnvoll. Und: Die Verwaltungs-IT sollte KRITIS werden, wie es etwa Stadtwerke in- zwischen sind.

Mittlerweile ist Potsdam wieder online. Mike Schubert und Dieter Jetschmanegg hat der Vorfall einmal mehr gezeigt, in welcher Verantwortung der Staat beim

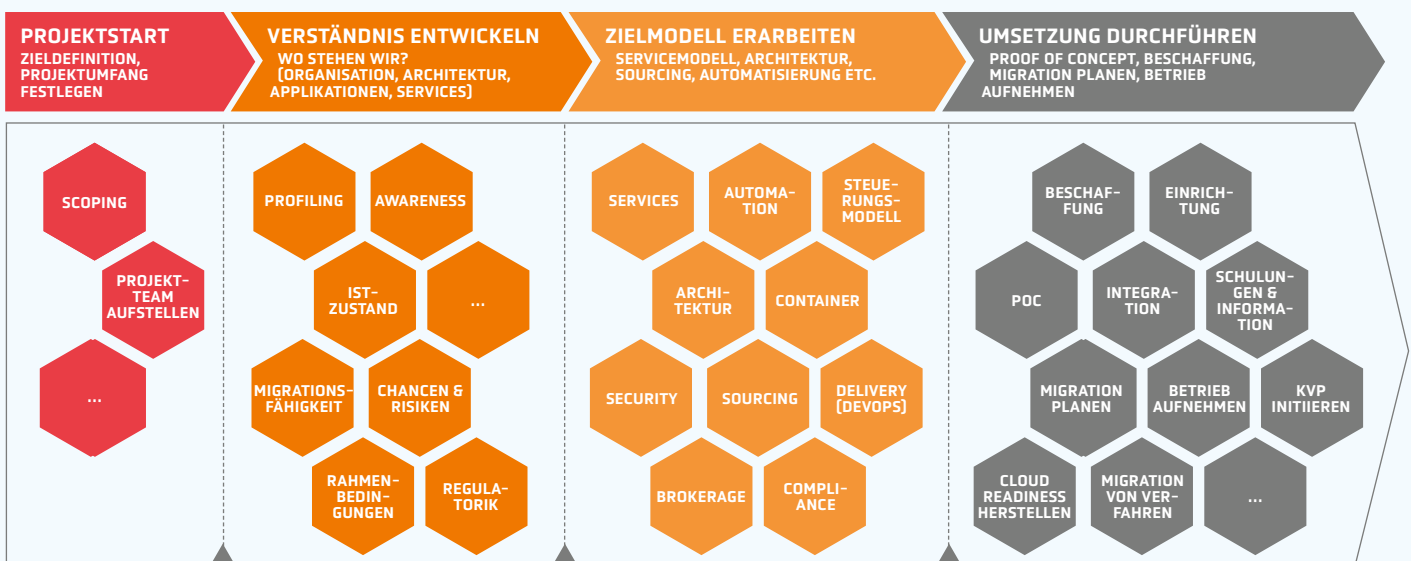
Thema Cybersicherheit steht. „Am Ende ist es die Frage: Wie handlungsfähig sind wir? Darin müssen Bürgerinnen und Bürger jederzeit vertrauen können.“

### **Gesprächspartner waren**

**Dieter Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereichs 5,  
Zentrale Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam  
Mike Schubert, Oberbürgermeister des Landeshauptstadt Potsdam**

# CLOUD IN DER VERWALTUNG – FLUCH ODER SEGEN?

Im dritten Teil unseres Expertengesprächs mit Jörg Prings und Marcus Pump von SVA System Vertrieb Alexander GmbH möchten wir Ihnen vorstellen, wie SVA Sie dabei unterstützen kann, Ihren Weg in die Cloud erfolgreich zu meistern.



**SVA Cloud Alignment Framework: praxisbewährt | individuell anwendbar | konkret und ergebnisorientiert**

**Jörg Prings:** Nachdem wir uns in den ersten beiden Artikeln über die Herausforderungen und Klärungspunkte unterhalten haben, wie helfen wir unseren Kunden nun konkret, den Weg in die Cloud erfolgreich zu meistern?

**Marcus Pump:** Obwohl jede Situation in Bezug auf Start- und Zielpunkt individuell ist, gibt es doch immer ähnliche Schritte, die auf dem Weg in die Cloud zu durchlaufen sind. Auf Basis unserer langjährigen Erfahrung haben wir ein Framework entwickelt, welches einen Rahmen als Orientierung bietet, aber auch die erforderliche Flexibilität erlaubt, um die individuellen Situationen unserer Kunden abbilden zu können.

Die einzelnen Module können in unterschiedlicher Ausprägung und Detaillierungsgrad durchlaufen oder auch bei Bedarf individuell ergänzt werden. Gemeinsam mit unseren Kunden werden die Übergänge zwischen den Beratungsphasen erst dann durchschritten, wenn die erforderliche Ergebnisqualität vorliegt.

**Jörg Prings:** Anhand dieses Frameworks haben wir bereits kommunale Auftraggeber beraten und deren IT „cloud ready“ aufgestellt, um sich den heutigen Anforderungen zu stellen. Was macht den Unterschied dabei?

**Marcus Pump:** „Aus der Praxis für die Praxis“ – wir sind davon überzeugt, dass die Kombination aus Beratung, der Umset-

zungserfahrung und auch des eigenen Betriebs-Know-hows dafür sorgt, dass unsere Cloudprojekte erfolgreich umgesetzt wurden und werden. Wir begleiten unsere Kunden dabei in allen Projektphasen, von der Strategie über die konzeptionelle Ausgestaltung bis hin zur Umsetzung oder auch der Bereitstellung von Cloud-Services und deren Betrieb.

Jörg Prings und Marcus Pump stehen Ihnen für einen weiteren Austausch zum Thema „Cloud in der Verwaltung“ gern zur Verfügung. [www.sva.de](http://www.sva.de)



**Jörg Prings, SVA System Vertrieb Alexander GmbH, Leiter der Geschäftsfeldentwicklung Öffentlicher Dienst**  
joerg.prings@sva.de



**Marcus Pump, SVA System Vertrieb Alexander GmbH, Leiter des Geschäftsbereiches Strategisches IT-Consulting**  
marcus.pump@sva.de

# OZG 2.0: GESETZ NACHBESSERN – UND DIE FINANZIERUNG KLÄREN

**Ende Mai 2023 hat das Bundeskabinett die Neuauflage des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beschlossen. Fortschritte sind zu erkennen, allerdings fehlt es dem OZG 2.0 an Mut. Das größte Manko: Die Finanzierungsfrage ist weiterhin komplett ungeklärt.**

Die finanzielle Situation für die Kommunen ist prekär. Der Investitionsstau beläuft sich laut des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) derzeit auf 166 Milliarden Euro. Umso problematischer: Die Bundesregierung sagt im OZG-Änderungsgesetz mit keinem Wort, wie die Verwaltungsdigitalisierung – die in erster Linie von den Kommunen zu stemmen ist – als Daueraufgabe finanziert werden soll.

## UNSER FINANZIERUNGSMODELL

Dieses gravierende Versäumnis ist endlich anzugehen. VITAKO schlägt ein erfolgsorientiertes Finanzierungsmodell vor, das von Bund und Ländern bezuschusst wird. Basis ist ein 5-Euro-Grundbetrag pro Einwohner. Je höher der Digitalisierungsgrad einer Kommune allerdings ist, desto mehr zusätzliche Unterstützung erhält sie. Als maximalen Betrag schlagen wir 10 Euro vor. So werden Kosten kompensiert und zugleich wesentliche Investitionsanreize gesetzt. Die Gesamtkosten wären für Bund und Länder auf 1,3 Milliarden Euro pro Jahr gedeckelt.

## GUT ANGELEGTE INVESTITION

Das Geld wäre mehr als gut angelegt. Erstens: Die digitale Verwaltung ist eine funktionierende Verwaltung, die die Wertschätzung gegenüber staat-

lichen Institutionen steigen lässt. In Zeiten wachsender Kritik an der Problemlösungsfähigkeit der Politik ein wesentlicher Faktor. Zweitens: Digitale Verwaltung spart unter dem Strich Geld. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag von VITAKO erzeugt jeder investierte Euro einen Wertschöpfungseffekt in Höhe von 3,29 Euro.

## ZIEL KONSEQUENTER VERFOLGEN

Es gibt also überzeugende Gründe, die Finanzierungsfrage endlich anzugehen. Zudem sollte von der OZG-Neufassung ein stärkerer Impuls in Sachen Verwaltungsdigitalisierung ausgehen. Die Zurückhaltung der vergangenen Jahre ist endlich abzulegen. Drei wesentliche Themen lauten:

- **Digitale Kommunikation effizient ermöglichen:** Bürgerinnen und Bürger sollen künftig medienbruchfrei und komplett digital mit den Verwaltungen kommunizieren können, so das OZG. Das erklärte Ziel ist ein digitales Postfach, das den Nutzerkonten angeschlossen ist. Woran es mangelt, sind Regeln zur konkreten Ausgestaltung. Die kommunalen IT-Dienstleister benötigen verbindliche und universell für Bürger- und Unternehmenskonten

geltende Standards, um die digitale Kommunikation effizient gewährleisten zu können. Bereits bestehende und etablierte Kommunikationsmittel wie das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP sollten nachgenutzt werden. VITAKO unterstützt daher die Bemühungen, die Verpflichtung zum Vorhalten von DE-Mail-Konten für die öffentliche Verwaltung aufzuheben.

- **Pflicht zu Open-Source-Lösungen einführen:** Open-Source-Software bietet zahlreiche Vorteile. Sie stärkt die digitale Souveränität der Verwaltung, ermöglicht erhebliche Synergieeffekte und forciert den Wettbewerb. Das OZG appelliert, Open Source „vorrangig“ einzusetzen. Warum geht die Bundesregierung nicht einen Schritt weiter und fordert die Open-Source-Nutzung – sofern keine zwingenden Gründe dagegen sprechen – als Standard ein?
- **Beweislastumkehr für Schriftformerfordernis einführen:** Die lästige Schriftformerfordernis – also die händische Unterschrift – zwingt Bürgerinnen und Bürger seit jeher dazu, Behörden für verschiedene Dienste persönlich aufzusuchen. Das OZG sieht hier Erleichterungen vor und will ins-





## VITAKO- FINANZIERUNGSVORSCHLAG

Verwaltungsdigitalisierung ist eine Daueraufgabe, die Geld kostet. Bund und Länder sind gefordert, die Kommunen dabei zu unterstützen. Der VITAKO-Finanzierungsvorschlag umfasst zwei Säulen:

Grundbetrag je Einwohner:

**5 EURO** PRO JAHR



Erfolgsabhängiger Anteil je Einwohner:

**BIS ZU 10 EURO** PRO JAHR

besondere ein qualifizierendes, elektronisches Siegel einführen. Konsequenter und besser wäre es hingegen, das Schriftformerfordernis per Generalklausel abzuschaffen und nur dort wieder zuzulassen, wo dies zwingend begründet wird. Das würde zu einer spürbaren Bürokratieentlastung auf allen Seiten führen und unnötig komplizierte Antragsprozesse vermeiden.

- **Beweislastumkehr ist von kaum zu überschätzender Bedeutung:** Sie zwingt dazu, überkommene Verwaltungsprozesse im Kern zu hinterfragen! Ein Ansatz, der stets am Beginn von Digitalisierungsprozessen, Stichwort Registermodernisierung, stehen sollte. Andernfalls geraten wir immer wieder in die Situation, überkommene Prozesse zu elektrifizieren. Das kostet Zeit, Ressourcen – und strapaziert die Geduld der Bevölkerung.

Klar ist: Damit Deutschland als Staat auch weiterhin Krisen angemessen meistern kann, benötigt es eine resiliente und souverän aufgestellte Verwaltung. Das OZG

sollte dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen – der OZG-Kabinettsbeschluss ist daher im parlamentarischen Prozess nachzubessern.

Die Verwaltung von 2030 und darüber hinaus fordert weiterreichende Lösungen. Die Städte leisten gern ihren Beitrag für eine Neujustierung der Regeln zur Umsetzung staatlicher Aufgaben, für eine übergreifende und zukunftsweisende Umgestaltung der Verwaltung.

### POSITIVE ASPEKTE DES OZG 2.0 WERTSCHÄTZEN

Die Bundesregierung hat mehrere wichtige VITAKO-Forderungen aufgegriffen. Erstens wurden diverse datenschutzrechtliche Probleme geklärt. Damit werden unnötige Verwaltungskosten und zu lange Rollout-Zeiten vermieden. Zweitens ist für die Nutzung des ELSTER-Zertifikats eine Übergangsregelung aufgenommen worden, es kann nun bis Mitte 2026 genutzt werden. Angesichts der hohen Akzeptanz von ELSTER als elektronisches Authentifizierungsverfahren die richtige Entscheidung. Drittens

kann die Ende-zu-Ende-Digitalisierung wesentlicher Verwaltungsleistungen verpflichtend vorgeschrieben werden. Damit steht zu erwarten, dass künftig nicht nur der Zugang zu Verwaltungsleistungen – auch Frontend genannt – digitalisiert wird, sondern zugleich die interne Verarbeitung.



Martin Schultheiß  
ist Bereichsleiter  
Informations-  
management bei  
VITAKO.



# PROVITAKO: WEITERHIN HOHE NACHFRAGE IN SACHEN SCHUL-IT

**Die Abrufe aus den Rahmenverträgen der ProVitako im ersten Halbjahr 2023 zeigen: Die hohe Nachfrage in Sachen Schul-IT hält an. Der Trend bezüglich der abgerufenen Produkte hat sich hingegen etwas verschoben. Waren es in den letzten Jahren verstärkt die Apple-Endgeräte, so sehen wir seit Mitte letzten Jahres eine höhere Nachfrage nach Präsentationstechnik, Netzwerkkomponenten und IT-Sicherheitskomponenten.**

ProVitako bündelt die Beschaffungsbedarfe ihrer Mitglieder und erreicht mit jeder neuen Vergabe eine größere Reichweite. Bei den Endgeräten von Apple – der Zuschlag wurde im März 2023 erteilt – zeigt sich dies sehr deutlich: Hier sind 34 unserer 42 Mitglieder abrufberechtigt und können für rund 90 Millionen Euro pro Jahr Apple-Produkte abrufen. Damit hat sich das mögliche Beschaffungsvolumen in Bezug auf die vorherige Ausschreibung verdreifacht!

## **DAS BESCHAFFUNGSSYSTEM**

Auch die gerade abgeschlossene Vergabe in Sachen interaktiver Schultafeln unterstreicht die Dimension im Segment Education. 15.000 interaktive Schultafeln wurden an das niederländische IT- und Bildungsunternehmen Prowise und deren Partner ARKTIS IT solutions im Zuge einer EU-weiten Ausschreibung zugeschlagen. Der Zeitraum erstreckt sich über vier Jahre und umfasst die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Der vergebene Auftrag ist der dritte ProVitako-Rahmenvertrag in der Kategorie Präsentationstechnik. Er hat einen Wert von

rund 45 Millionen Euro und ist auch für die Verwendung von Fördermitteln tauglich. Dies gilt im übrigen für alle bei der ProVitako geschlossenen Rahmenverträge, die stets auf Basis einer EU-weiten Ausschreibung zu Stande kommen.

## **KLARE VORTEILE**

Als Genossenschaft realisieren wir für unsere aktuell 42 Mitglieder – die ausschließlich als öffentliche kommunale IT-Dienstleister organisiert sind – handfeste Vorteile. Dank der gemeinsamen Beschaffung von Hard- und Softwarekomponenten sowie Dienstleistungen kann ProVitako erhebliche Preisnachlässe erzielen und bietet darüber hinaus konstante Abwicklungsbedingungen. Bestes Beispiel: Seit Mai dieses Jahres hat die ProVitako das Streckengeschäft (Handelsgeschäft) für Ihre Mitglieder und deren Träger etabliert. Dabei kann vergaberechtskonform im Zuge der Inhousefähigkeit (§108 GWB) bei der ProVitako direkt eingekauft werden. Dies stellt einen Meilenstein bei der ad hoc-Beschaffung dar und wird von den Mitgliedern und deren Trägern extrem gut angenommen. Zudem hat ProVitako die Möglichkeit eines nahtlosen Über-

gangs von mitgliedereigenen Rahmenverträgen hin zum durch ProVitako für alle Mitglieder gebündelten Rahmenvertrag geschaffen. Dabei können sich unsere Mitglieder als Sekundärabrufberechtigte anmelden, werden als solche in der Ausschreibung dargestellt und erst nach Auslaufen des eigenen Rahmenvertrages aktiviert, um Doppelvergaben auszuschließen.

## **VERSORGUNGSSICHERHEIT UND PRODUKTFORTENTWICKLUNG**

Um Versorgungssicherheit zu garantieren, achtet ProVitako darauf, dass für auslaufende Rahmenverträge nahtlos ein Weiterbezug geschaffen wird. So startete zum Beispiel der neue MS-Select Rahmenvertrag am 20. August 2023 und löste damit den tags zuvor ausgelaufenen Vertrag ab. Wichtig ist uns bei den bis zu 48 Monaten laufenden Rahmenverträgen aber auch, dass die Fortentwicklung der Produkte abgebildet wird. Mittels einer Fulfillmentvereinbarung werden ergänzende Artikel – zu den gleichen Rahmenvertragsbedingungen und zentral verhandelten Konditionen – mit aufgenommen. Auf dieser Grundlage bietet

ProVitako ihren Mitgliedern und deren kommunalen Trägern ein umfassendes Portfolio an IT-Produkten, IT-Services und Dienstleistungen an.

### BESCHAFFUNGSVORHABEN "MODULBAUKASTEN SCHUL-IT"

Wie sind die weiteren Perspektiven im Schulbereich? Hersteller und Systemhäuser verzeichnen im Markt-Segment Education konstante Wachstumszahlen – die in den nächsten Jahren durch den Austauschbedarf für die im Zuge der Corona-Welle beschafften digitalen Endgeräte sogar befeuert werden dürften. Um darauf vorbereitet zu sein, starten wir aktuell das Beschaffungsvorhaben "Modulbaukasten Schul-IT". Hierbei erörtern unsere Mitglieder die für die Beschaffung notwendigen Rahmenbedingungen und formulieren einheitliche Leistungsbeschreibungen. Als Kern-

## HERBSTEMPfang

Das Thema der Schuldigitalisierung steht auch auf dem VITAKO-Herbstempfang am 20. September im Fokus, der Titel: Digitalpakt 2.0 – Schul-IT am Scheideweg.

Bestandteile des Modulbaukastens Schul-IT – aus dem die Mitglieder ihr Angebot für die Schulen/Schulträger eigenständig gestalten können – sind mindestens folgende vorgesehen: Netzwerk, Endgeräte, Präsentation, Sicherheit, [Cloud-]Plattform & Server sowie Dienstleistungen – von der Beratung über Förderung, WLAN-Ausleuchtung bis managed Services – für digitale Klassenräume.

Erstmals verschränken dabei auch die Vitako und die ProVitako ihre Aktivitäten. Dazu Katrin Giebel, Bereichsleiterin Verwaltungsdigitalisierung und kommissarische Leiterin der Geschäftsstelle: „Wir freuen uns über die Kooperation zwischen der VITAKO-Projektgruppe Bildung und der ProVitako. Dadurch können wir eine nachhaltige Beschaffung und Versorgungssicherheit klar stärken.“

Wir freuen uns darauf, unseren Mitgliedern künftig ein noch umfassenderes Education-Portfolio bieten zu können und damit die Digitalisierung in den Schulen weiterhin zu unterstützen. Aber auch all jenen, die sich bisher nicht an unseren Ausschreibungen beteiligt haben und aktuell einen akuten Bedarf haben, kann jetzt mit dem Streckengeschäft geholfen werden.

Fragen gerne an die Geschäftsstelle  
[Geschäftsstelle@ProVitako.de](mailto:Geschäftsstelle@ProVitako.de).

## VOLUMEN STEIGT MASSIV

### Über ProVitako abrufbare ITK-Produkte pro Jahr

MS-Select Plus



Apple IV



Juli 2022 bis Juni 2023    ab Juli 2023



Jürgen Abelshäuser  
ist CEO und  
Vorstandsvorsitzender  
der ProVitako.



Karl-Josef Konopka  
ist Vorstand  
der ProVitako.

## SERIE

# KOMMUNE DER ZUKUNFT

Der kommunale IT-Dienstleister ekom21 berät Kommunen dabei, eine eigene Smart City-Strategie zu entwickeln und umzusetzen. Weshalb die standardisierte Datenplattform cosma21 dabei ein Schlüsselement darstellt, erklärt Gabi Göpfert, Unternehmensbereichsleiterin Vertrieb/Marketing bei der ekom21.

**TEIL 3**  
DIGITALE ABRECHNUNG

**TEIL 4**  
WEB-PORTAL FÜR KOMMUNEN

**TEIL 5**  
CLOUD-DIENSTE

**TEIL 6**  
AUTOMATISIERUNG

**TEIL 7**  
SMART CITY

## MIT DEN RICHTIGEN DATEN ZUR SMART CITY

Seit einigen Jahren diskutieren Stadtplaner, Politiker und die öffentliche Verwaltung intensiv über Smart City-Konzepte. Die Verheißung: Kommunen unter Einsatz moderner Technologien effizient zu steuern und knappe Ressourcen optimal zu nutzen. Trotz enormer Vorteile werden entsprechende Ansätze allerdings bislang nur selten umgesetzt. Aus Sicht Gabi Göpfert eine verkürzte Perspektive: „Ein Smart City-Ansatz beginnt bei der Überlegung, welche konkrete Herausforderung existiert, und welche Daten benötigt werden, um das Problem zu lösen.“ Ein Mangel an Daten sei hingegen in den seltensten Fällen das Problem.

### PASSGENAUE SMART CITY-LÖSUNGEN

ekom21 unterstützt umfassend die Kommunen. Kern ist eine standardisierte offene Datenplattform, die Daten sammelt, harmonisiert und damit neues Wissen bereitstellt. Gabi Göpfert: „Zu Beginn erarbeiten wir mit den Kommunen die Anwendungsfälle, die den größten Nutzen für sie haben. Das können auch Use Cases aus unserem Katalog sein, die bereits bei anderen Kommunen erfolgreich umgesetzt wurden. Wir prüfen dann, welche Daten konkret noch erhoben werden müssen. In der Regel verfügen die Kommunen aber auch schon über große Datensätze.“

Wie sieht ein Anwendungsfall dann konkret aus? Mit dem Use Case „Smart Lighting“ kann mithilfe von Sensordaten die Helligkeit und Farbintensität von Straßenlaternen in Echtzeit für einzelne Standorte passgenau gesteuert werden. Damit werden sehr hohe Energieeinsparungen erzielt. Zur Orientierung: Kommunen wenden rund 30 bis 50 Prozent ihres Stromverbrauchs für die Straßenbeleuchtung auf. Zudem können Kommunen dadurch wichtige Themen wie

# ÜBER 20

USE CASES HAT EKOM21  
BEREITS ENTWICKELT

Lichtverschmutzung und Insektenschutz adressieren.

### ÜBERREGIONALE VERNETZUNG

Als erste hessische Kommune startete 2021 Frankfurt mit cosma21. Die Vorlaufzeit ab Beauftragung betrug lediglich drei Monate. Bad Hersfeld wurde ebenfalls in die cosma21-Lösung übernommen und Darmstadt nutzt die gleiche Softwarebasis. Sechs weitere Projekte sind zudem bereits in der Umsetzung. Dabei handelt es sich nicht allein um Städte, sondern in vielen Fällen auch um interkommunale Zusammenschlüsse. Göpfert: „Wir müssen zukünftig viel stärker überregional und vernetzt denken, um zu einer wirklich effizienten Steuerung zu gelangen und kommenden Herausforderungen zu begegnen.“



**Gesprächspartnerin**  
war Gabi Göpfert,  
Unternehmens-  
bereichsleiterin  
Vertrieb und Marketing  
bei der ekom21.



# VITAKO VERABSCHIEDET DIETER REHFELD

VITAKO hat seinen langjährigen engagierten Mitstreiter Dieter Rehfeld auf der letzten Mitgliederversammlung feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Dieter Rehfeld hat im Verband verschiedene richtungsweisende Projekte angestoßen: So war er wichtiger Impulsgeber bei regelmäßigen VITAKO-Austauschgesprächen mit politischen Entscheidungsträgern. Besonders aber ist ihm die Gründung der Einkaufs-Genossenschaft ProVitako zu verdanken, in der er sich auch später noch als Aufsichtsratsmitglied engagierte.

Auch über VITAKO hinaus setzte sich Dieter Rehfeld tatkräftig für zukunftsfähige Lösungen für kommunale IT-Dienstleister ein: Er war unter anderem Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender der AG Blockchain – aus der später die Genossenschaft govdigital hervorging – und hatte Führungspositionen bei zentralen Akteuren der digitalen Verwaltung inne. So war Dieter Rehfeld seit 2003 Geschäftsführer der regio iT Aachen GmbH und nach deren Zusammenschluss mit der INFOKOM Gütersloh AöR Vorsitzender



**Dieter Rehfeld auf der VITAKO-Mitgliederversammlung im April 2023 in Siegburg.**

der Geschäftsführung der neuen Gesellschaft regio iT.

Auch zukünftig wird sich Dieter Rehfeld nicht vollständig dem Ruhestand widmen: Zum 1. Juli 2023 hat er die Ge-

schäftsführung der vote iT GmbH und elect iT GmbH übernommen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Dieter Rehfeld für seinen engagierten Einsatz bei VITAKO und wünschen ihm weiterhin alles Gute!

## MYGOVERNMENT 2023 – START-UPS PRÄSENTIEREN DIGITALE LÖSUNGEN

Start-Ups bieten vielfach innovative Lösungsansätze, um den digitalen Wandel der öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen. Um den jungen Unternehmen mehr Sichtbarkeit zu verleihen und sie mit dem öffentlichen Sektor besser zu vernetzen, organisiert das Institut für den öffentlichen Sektor gemeinsam mit VITAKO und mehreren Verbandsmitgliedern am 7. September 2023 die Netzwerkveranstaltung myGovernment. Eine Fachjury unter Leitung von Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid (Hertie School Berlin) hat im Vorfeld die spannendsten Projekte für Präsentationslots ausgewählt. Katrin Giebel, Bereichsleiterin für Verwaltungsdigitalisierung und kommissarische Leiterin der Geschäftsstelle bei VITAKO, wurde dieses Jahr in die Jury aufgenommen.

Mehr Informationen unter: <https://bit.ly/va3-23-myGovernment2023>

**AKDB**

**KDO**  
IT für Kommunen

**Prosoz**

**VITAKO**

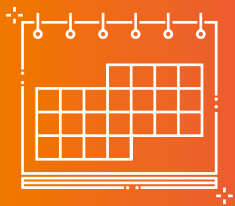
# INDRA SCHEPKER IST REFERENTIN FÜR VERWALTUNGS-DIGITALISIERUNG BEI VITAKO

Wir begrüßen eine neue Kollegin in der Geschäftsstelle: Seit 1. Juli ist Indra Schepker Referentin für Verwaltungsdigitalisierung bei VITAKO. Sie arbeitet unter anderem zu den Themenbereichen Bildung, Registermodernisierung sowie IT und Recht. Zudem unterstützt sie bei der Organisation der regelmäßigen Facharbeits- und Projektgruppen.

Indra Schepker studierte im Masterstudium Politikwissenschaften in Münster. Sie verfügt über vielfältige Erfahrung in den Bereichen Politik und Beratung und betreute zuletzt bei CONCILIUS schwerpunktmäßig den Themenbereich Verwaltungsdigitalisierung. Wir freuen uns sehr, Indra Schepker für VITAKO gewonnen zu haben!



**Indra Schepker ist Referentin für Verwaltungsdigitalisierung bei VITAKO.**



## SAVE THE DATE: HERBSTEMPfang AM 20. SEPTEMBER

Thema des Herbstempfangs am 20. September 2023: „Digitalpakt 2.0 – Schul-IT am Scheideweg“. Aktuell soll die bereits zugesagte Anschlussfinanzierung für den Digitalpakt von über 600 Millionen Euro gestrichen werden. Die Folge sind große Planungsunsicherheiten in den Ländern und Kommunen. Das Podium diskutiert, wie Schuldigitalisierung vor diesem Hintergrund erfolgreich umgesetzt werden kann.

Für das Panel angefragt sind Vertreterinnen und Vertreter der Kultusministerkonferenz, des Kultusministeriums, des Deutschen Städtetags sowie thematisch zuständige Abgeordnete des Bundestages. Der Vorstandsvorsitzende des Bündnis für Bildung Dr. Dr. Christian Büttner hat seine Teilnahme bereits bestätigt.

# VITAKO FRÜHJAHRSEMPFANG ZUM THEMA CLOUD

Die Cloud verspricht sinkende Kosten bei gleichzeitig höherer Effektivität. Allerdings: Wie sind Datenschutz und Souveränität zu gewährleisten, unter welchen Bedingungen sind Hyperscaler einzubinden? Auf dem VITAKO Frühjahrsempfang am 15. Juni 2023 haben wir mit hochkarätigen Vertreterinnen und

Vertretern aus Politik, Verwaltung und Journalismus mögliche Lösungsansätze diskutiert.

Unser Positionspapier zum Thema Cloud unter: <https://bit.ly/va3-23-PositionspapierCloud>



**Auf dem Panel diskutierten Dr. Markus Richter (Bundes-CIO, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat), Gudrun Aschenbrenner (Mitglied des Vorstandes AKDB / AKDB ist Vorstandmitglied bei VITAKO), Dr. Reinhard Brandl (MdB, CDU/CSU, Ausschuss für Digitales) und Maximilian Funke-Kaiser (MdB, FDP, Digitalpolitischer Sprecher, Ausschuss für Digitales).**

# DIE VITAKO GESCHÄFTSSTELLE STELLT SICH VOR

DIE VITAKO-GESCHÄFTSSTELLE IST GEBÜNDELTE EXPERTISE FÜR VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG. WIR BERATEN ENTSCHEIDUNGSTRÄGER AUS POLITIK UND VERWALTUNG. IN EINER NEUEN REIHE STELLEN WIR UNSERE ANSPRECHPARTNER VOR.



**ABOLI LION,**  
Referentin für  
Öffentlichkeitsarbeit und PR

Aboli Lion verantwortet seit März 2022 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von VITAKO. Ihr Tätigkeitsfeld umfasst politische Empfänge im Haus der Bundespressekonferenz, Kongresse und Messen, Pressearbeit sowie die Webseiten-, Newsletter- und Social Mediareaktion von VITAKO. Darüber hinaus steuert sie Verbands-Publikationen wie unter anderem die VITAKO aktuell. Aboli Lion: „Große Aufgabenfelder im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung zu verändern, erfordert Leidenschaft, unermüdliches Engagement und Resilienz. Es braucht Praxiserfahrung und Know-how. All das sind Eigenschaften, die ich erstens bei unseren Mitgliedern in der kommunalen IT und zweitens auch beim VITAKO Vorstand sehe. Im Team der VITAKO Geschäftsstelle helfen wir uns gegenseitig, vertreten einander und gehen mit offenen Augen an die Arbeit heran – denn zwölf Augen sehen mehr als zwei. All das schätze ich an meiner Arbeit mit und für VITAKO sehr.“

**Telefon: 030 2063 156 14**  
**E-Mail: : [aboli.lion@vitako.de](mailto:aboli.lion@vitako.de)**



**ISABELL GROSS,**  
Office-Managerin

Isabell Gross verantwortet seit Juli 2022 das Office-Management bei VITAKO. Darüber hinaus umfasst ihr Verantwortungsbereich Human Resources, Eventmanagement und Rechnungsführung. Bei VITAKO gefallen Frau Gross der Gestaltungsspielraum und die große Eigenverantwortung im Team, die es allen Teammitgliedern ermöglicht, neue Ideen für den Verband voranzubringen. Isabell Gross: „Ich genieße die Abwechslung, weil jeder Tag bei VITAKO anders ist: Ich muss immer wieder zwischen meinen Aufgabenbereichen hin- und her navigieren und dabei Lösungen für Probleme finden. Ich mag es die Schnittstelle zwischen Mitgliedern, Fachkolleginnen und -kollegen und Verbandsführung zu sein. Denn bei mir laufen alle Fäden zusammen. Bei VITAKO habe ich die Freiheit, Verbesserungsvorschläge zu machen und Arbeitsabläufe sinnvoller zu koordinieren.“

**Telefon: 030 2063 156 12**  
**E-Mail: [isabell.gross@vitako.de](mailto:isabell.gross@vitako.de)**

# CYBERSICHERHEIT: WEITERBILDUNG WICHTIGER DENN JE

**Wie schätzen die kommunalen IT-Dienstleister die Situation rund um Cybersicherheit ein? Hier die Ergebnisse der aktuellen Umfrage unter den kommunalen IT-Dienstleistern.**

Immerhin: Die personelle Ausstattung der Kommunen rund um das Thema Cybersicherheit scheint sich zu verbessern – wenn auch auf äußerst niedrigem Niveau. So schätzen 23 Prozent der befragten IT-Dienstleister die Ausstattung insgesamt als genügend ein. Im Vorjahr konnten sich dazu nur knapp 13 Prozent durchringen. Der Handlungsbedarf ist aber nach wie vor alarmierend: Ein Drittel beurteilt die personellen Ressourcen als viel zu schlecht. Ein Grund kann darin gesehen werden, dass die Relevanz von Cybergefahren nach wie vor ignoriert wird: Jeder zweite IT-Dienstleister sagt, dass die Kommunen die Gefahren unterschätzen.

Vier von zehn IT-Dienstleistern erkennen Fortbildungen als dringlichste Maßnahmen, um sich gegen Cyberattacken zu wappnen. Der Anteil ist gegenüber dem Vorjahr massiv gestiegen und übertrifft die ebenfalls abgefragte Maßnahme, mehr Mitarbeitende dafür einzustellen, deutlich. Eine mögliche Erklärung dafür: In Zeiten des steigenden Fachkräftemangels sind Ressourcen für die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen.

Auch das Thema Haushaltsmittel wird kritisch beurteilt. 40 Prozent der Befragten geben an, dass die Kommunalverwaltungen in den kommenden drei Jahren weniger für Cybersicherheit bereitstellen, als notwendig wäre. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass

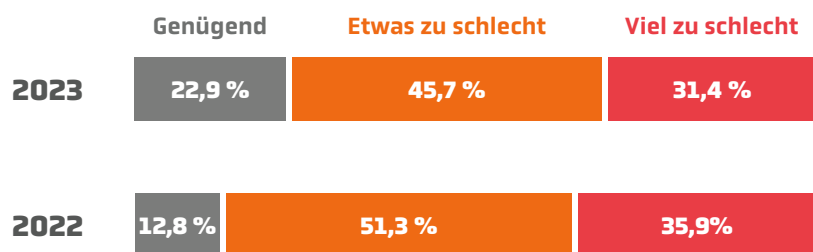
die KRITIS-Einstufung der kommunalen Verwaltung – mit der gewisse Zwänge, aber auch deutliche Unterstützungsleis-

tungen des Bundes einhergehen – von rund 90 Prozent als Priorität eingestuft wird.



## PERSONELLE AUSSTATTUNG VERBESSERT SICH – ZAGHAFT

**„Wie sind die Kommunalverwaltungen insgesamt im Bereich Cybersicherheit personell ausgestattet?“**



**„Die Haushaltsmittel der Kommunalverwaltungen für das Thema Cybersicherheit werden insgesamt in den nächsten drei Jahren weniger als erforderlich sein.“**

# 39,4 %

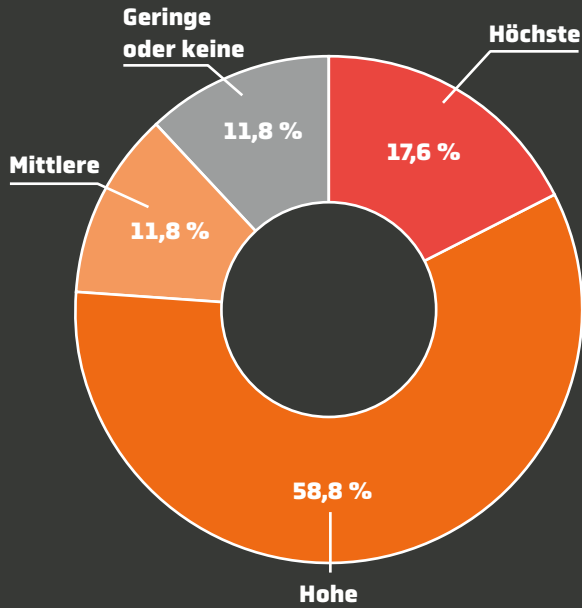
**der VITAKO-Mitglieder stimmen dem zu**





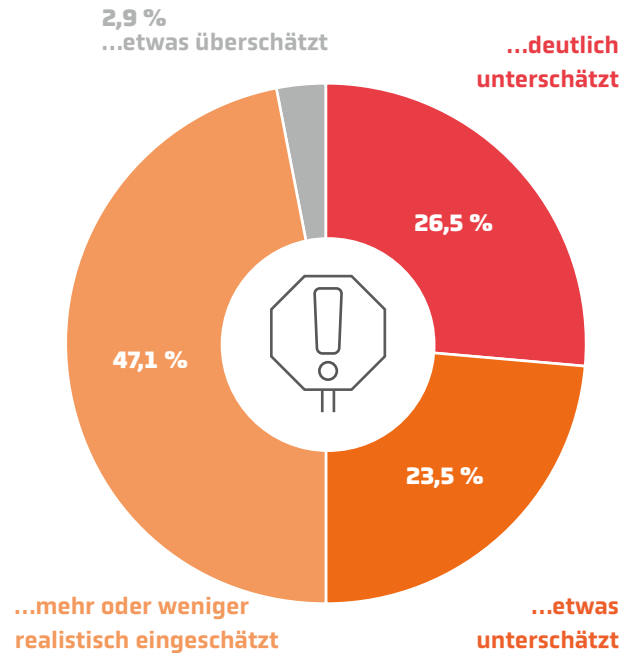
## TOP-THEMA KRITIS-EINSTUFUNG

„Welche Priorität sollte es haben, dass die IT der kommunalen Verwaltungen als KRITIS eingestuft wird?“



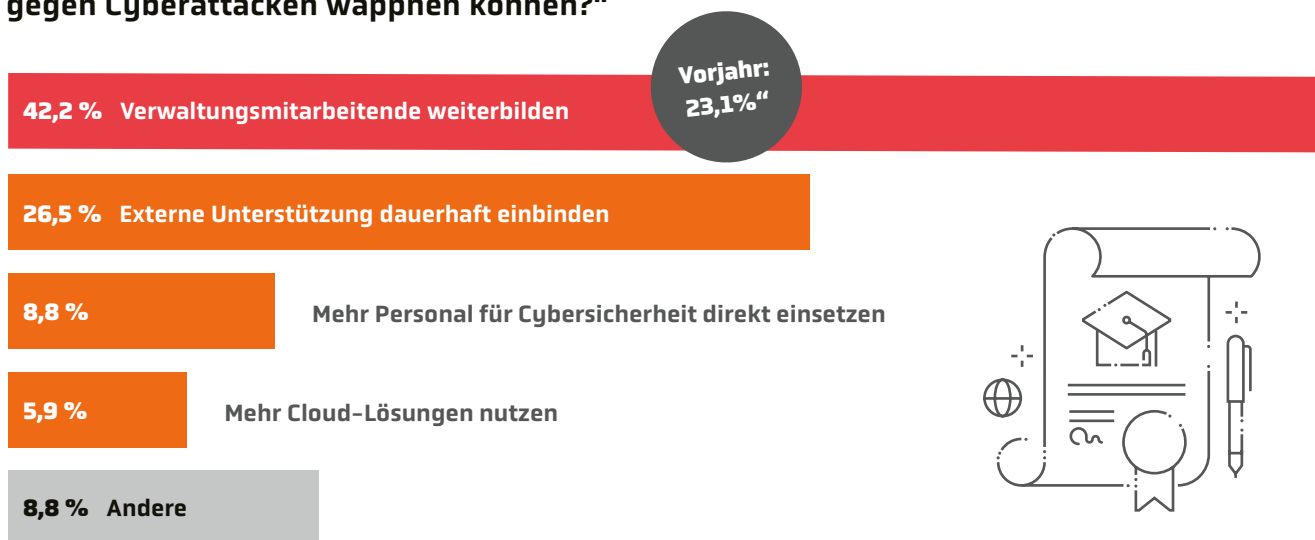
## CYBERGEFAHREN WERDEN UNTERSCHÄTZT

„Wie realistisch schätzen die kommunalen Entscheider Cybergefahren ein? Die Relevanz von Cybergefahren wird...“



## WEITERBILDUNG WICHTIGER DENN JE

„Welche der folgenden Maßnahmen ist diejenige, mit der sich Kommunen am besten gegen Cyberattacken wappnen können?“



rundungsbedingte Ungenauigkeiten

Die Umfrage wurde vom Marktforschungsunternehmen Hiestermann & Frömchen GmbH durchgeführt.



# EURITAS: EUROPAS DIGITALE ZUKUNFT ANPACKEN!



**Am 14. September trifft sich der Verband zur EURITAS Summit in Brüssel, um wesentliche Mega-Trends und aktuelle Themen für die öffentliche IT in Europa zu diskutieren. Drei Schwerpunkte sind bereits gesetzt.**

• **Europäische Cloud umsetzen**

Um die Vorteile der Cloud in öffentlichen Verwaltungen nutzen zu können, müssen datenschutzkonforme und souveräne Lösungen für die europäischen Mitgliedsländer gefunden werden. Bereits im vergangenen Jahr hat EURITAS zum Thema Cloud ein Positionspapier veröffentlicht. Zu den Lösungsoptionen zählen der Aufbau eines europäischen Netzwerkes und die Definition von Mindestanforderungen für eine Multi-Cloud-Strategie.

• **Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll nutzen**

Künstliche Intelligenz birgt für öffentliche Verwaltungen große Potenziale und wird in Zukunft kaum noch wegzudenken sein: Den heutigen Her-

ausforderungen – Stichwort Fachkräftemangel – können wir mit der neuen Technologie wirkungsvoll begegnen. Für eine sichere und verantwortungsvolle Nutzung sind jedoch einheitliche definierte Regulierungen notwendig.

• **Nachhaltigkeit voranbringen**

Klima- und Energiekrise fordern auch in puncto Digitalisierung ein Umdenken. Rechenzentren verantworten aktuell fast drei Prozent des gesamten Energiebedarfs der EU. Laut Green New Deal müssen diese bis 2030 klimaneutral werden. Damit dies gelingt, müssen Rechenzentren zeitnah durch erneuerbare Energien betrieben und Strategien zur Umstellung entwickelt werden.

**Herausgeber:**

Bundes-Arbeitsgemeinschaft der  
Kommunalen IT-Dienstleister e. V.  
Charlottenstr. 65  
10117 Berlin  
Tel. 030/20 63 15 60  
E-Mail: [aktuell@vitako.de](mailto:aktuell@vitako.de)  
[www.vitako.de](http://www.vitako.de)

**V. i. S. d. P.:** Dr. Rolf Beyer,  
Vorstandsvorsitzender von VITAKO

**Redaktion, Gestaltung:** Köster Kommunikation

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

**Druck:** triggermedien, Berlin

**Erscheinungsweise:** 4 Ausgaben/Jahr, Auflage: 5.000

**Autoren und Mitwirkende dieser Ausgabe:**

Jürgen Abelschäuser, ProVitako; Dr. Rolf Beyer, KDO; Dr. André Donk, IHK-GfI; Dieter Jetschmanegg, Stadt Potsdam; Gabi Göpfert, ekom21; Lutz Hiestermann, Hiestermann & Frömmchen; Andreas Könen, BMI; Julian Krings, IHK-GfI; Aboli Lion, VITAKO; Mike Schubert, Stadt Potsdam; Martin Schultheiß, VITAKO; Uwe Schwarz, govdigital; Christian Stuffrein, Deutscher Landkreistag

**Bildnachweise:**

Titel: Anastasiia Skorobogatova/Shutterstock; S. 4, 17 Vitako/Kurc/Cakal; S. 5, 19 Can Stock Photo Inc. / LeonidAndronov; S. 5 Mitte: wavebreakmedia/Shutterstock; S. 11 Joe Waldron im Auftrag für Google Germany GmbH; S. 15 Bundesinnenministerium; S. 18 Linus – stock.adobe.com; S. 20 Karoline Wolf; S. 25 dirk hasskarl/fotografie; S. 27 Porträt oben: atelier-fotografie@t-online.de; S. 30 Christina Czybik; S. 34 iStock.com/artJazz

**Hinweis:**

VITAKO aktuell erscheint zusätzlich mit drei Regionalausgaben: krz, Lecos, regio iT. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige VITAKO-Mitglied.

**ISSN 2194-1165**

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich VITAKO diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

## TERMINE

20. September 2023, Berlin

### VITAKO HERBSTEMPfang

[www.vitako.de](http://www.vitako.de)

07.–09. November 2023, Berlin

### SMART COUNTRY CONVENTION

<http://www.smartcountry.berlin>

**DIE NÄCHSTE „VITAKO AKTUELL“  
ERSCHEINT IM DEZEMBER 2023.**



**Für sichere, innovative  
und bürgernahe Kommunen**

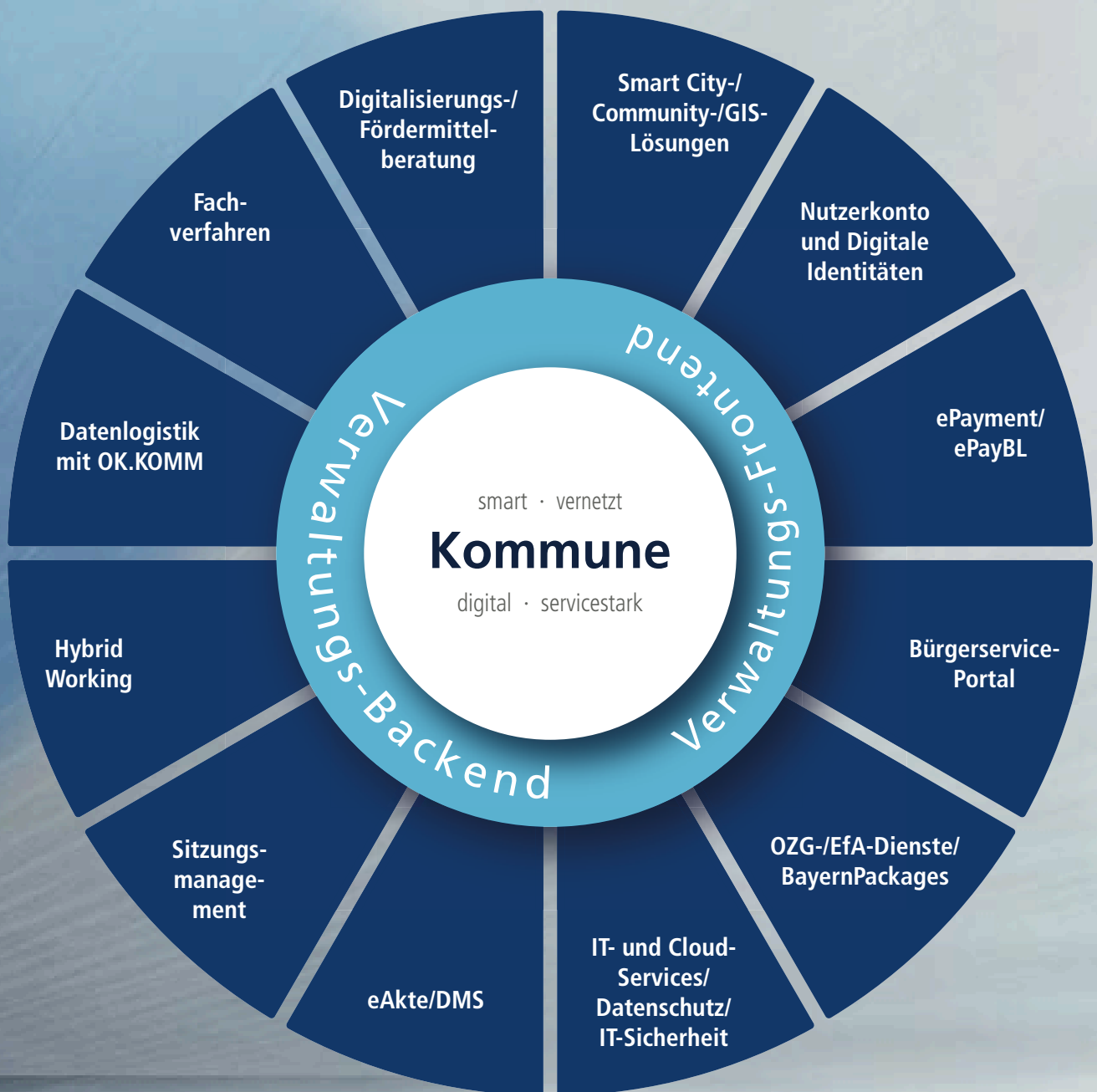
Wir gestalten die digitale Zukunft vor Ort.  
[www.dataport-kommunal.de](http://www.dataport-kommunal.de)



Rundum digital aufgestellte Kommune: mit dem

# Solution Circle

der AKDB-Gruppe



Entdecken Sie jetzt den Solution Circle, das 360-Grad-Lösungsportfolio der AKDB-Gruppe. Alles aus einer Hand rund um die digitale Transformation von Verwaltung und Kommunen!